Nr. 39.

# Die Presse.

36. Jahrg.

Ostmärkische Tageszeitung — Anzeiger für Stadt und Land.

(Thorner Presse)

Ausgabe täglich abends, ausschließlich der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis bei den kaiserl. Reichs-Postämtern vierteljährlich 3,25 Mk., monatlich 1,09 Mk. ohne Zustellungsgebühr; für Thorn Stadt und Vorstädte, von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen abgeholt, vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk., ins Haus gebracht vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,20 Mk. Einzelexemplar (Belagblatt) 10 Pfg.

Anzeigenpreis die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., für Stellenangebote und -Gesuche, Wohnungsanzeigen, An- und Verkäufe 15 Pf., (für amtliche Anzeigen, alle Anzeigen außerhalb Westpreußens und Posens und durch Vermittlung 20 Pf.,) für Anzeigen mit Platzvorschrift 25 Pf. Im Reklameteil kostet die Zeile 50 Pf. — Anzeigenaufträge nehmen an alle soliden Anzeigenvermittlungsstellen des In- und Auslandes. — Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle bis 10 Uhr vormittags, größere Anzeigen sind tags vorher aufzugeben.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Katharinenstraße Nr. 4. Fernsprecher 57. Brief- und Telegramm-Adresse: „Presse, Thorn."

Thorn, Freitag den 15. Februar 1918.

Druck und Verlag der C. Dombrowski'schen Buchdruckerei in Thorn. Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinr. Wartmann in Thorn.

Zusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitig Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt, unverlangte Manuskripte nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

# Der Weltkrieg.

## Amtlicher deutscher Heeresbericht.

Berlin, 14. Februar. (W.-T.-B.).

**Großes Hauptquartier, 14. Februar.**

**Westlicher Kriegsschauplatz:**

**Engländer und Franzosen setzten an vielen Stellen der Front ihre Erkundungen fort. Nördlich von Lens und in der Champagne kam es dabei zu heftigen Kämpfen. In einem vorspringenden Teil unserer Stellung südöstlich von Tahure haben sich die Franzosen festgesetzt. Eigene Infanterie brachte in Flandern und auf den Maashöhen Gefangene ein.**

**Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts neues.**

**Der Erste General-Quartiermeister: Ludendorff.**

## Rußlands zweideutige Friedensformel.

**Zu den Beratungen im Hauptquartier.**

Es darf als sicher gelten, daß die Beratungen, die im Großen Hauptquartier zur Entscheidung über Deutschlands Antwort auf die russische Friedenserklärung gepflogen werden, vom Geiste berechtigten Mißtrauens gegen die Taktik der Lenin und Trotzki beherrscht sind. Es liegt keinerlei Veranlassung vor, im Anschluß an die angebliche russische Abrüstung der Front nun etwa sofort an gleichartige deutsche Maßregelung zu denken, — eine Auffassung, an der dem Vernehmen nach auch unsere oberste Heeresleitung strenge festhält. Wie die „Kreuzztg." von unterrichteter Seite hört, bestätigt sich die Auffassung, daß die bevorstehenden Verhandlungen im Großen Hauptquartier, an denen auch der Stellvertreter des Reichskanzlers, von Payer, teilnimmt, die mit Trotzkis Erklärung in Brest-Litowsk geschaffene politische Lage zum Gegenstand haben werden. Seine Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes und die Abrüstung des russischen Heeres ist in Brest-Litowsk, wie das genannte Blatt mitteilt, von Herrn von Kühlmann lediglich zur Kenntnis genommen worden. Wie sich nun die weiteren Beziehungen zu Groß-Rußland gestalten werden, wird sich aus den Verhandlungen im Hauptquartier und den Besprechungen der Vierbundmächte untereinander ergeben.

Daß Trotzkis einseitige Erklärung, die infolge der Form ihrer durch W. T.-B. bewirkten Verbreitung in Deutschland fälschlich vielfach als eine Ankündigung des Friedens mit Rußland aufgefaßt wurde, die Grundlage der Beziehungen zu Rußland bilden kann, ist schon deshalb ausgeschlossen, weil, wie bereits gestern mitgeteilt, in Rußland selbst der vom Oberbefehlshaber Krylenko in einem Funkspruch an die Truppen erteilte Befehl zur Abrüstung nach drei Stunden widerrufen worden ist durch einen zweiten, von Krylenkos Gehilfen Florenko unterzeichneten Funkspruch, der folgendermaßen lautet:

Achtung! Die Verbreitung des Telegramms von Krylenko über den Frieden soll sofort eingestellt werden. Mitglied des obersten Kollegiums: Florenko.

Der erste Funkspruch, dessen Wirkung durch diesen zweiten aufgehoben werden sollte, hatte folgenden Wortlaut:

Friede! Friede! Friede! Der Krieg ist beendet, die verfluchte Menschenschlächterei hat ein Ende genommen. Die Abrüstung wird hierdurch bekanntgegeben. Ich bitte die Kameraden, ihren Abtransport ruhig abzuwarten und das allgemeine Eigentum auch weiterhin gut zu verwahren. Die Friedensfeier darf durch nichts getrübt werden.

Die zweideutige Haltung der Bolschewiki-Regierung, die durch dieses Verfahren gekennzeichnet wird, macht die größte Zurückhaltung in der Beurteilung der Lage nötig. Nicht umsonst hat der amtliche deutsche Tagesbericht vom Dienstag im Gegensatz zu der bisher üblichen Wendung „Nichts Neues" ausdrücklich festgestellt, daß „die militärische Lage an der Front gegenüber den Großrussen und den Rumänen unverändert", d. h. durch die Erklärung Trotzkis über die Beendigung des Kriegszustandes nicht beeinflußt sei. Wie sich die Lage gestalten wird, bezw. welche Folgerungen Deutschland aus ihr zu ziehen hat, das werden die Beratungen im Hauptquartier entscheiden. Ohne Zweifel haben wir gegenüber der Petersburger Regierung völlig freie Hand.

**Den Standpunkt der Petersburger Regierung**

hat Kamenew, der als ihr Vertreter nach London gehen soll, unterwegs in Stockholm einem Ausfrager wie folgt dargelegt: Rußland kann und will nicht länger Krieg führen, aber die russische Regierung gibt ihre Grundsätze nicht auf und behält sich die Vertretung ihrer Friedensgrundsätze auf der allgemeinen Friedenskonferenz vor, die nicht ausbleiben kann." Weiterhin sagte Kamenew, er glaube nicht, daß Deutschland an der Ostfront ganz abrüsten werde, aber bis auf eine Grenzwache werde es seine Truppen an die Westfront schicken, was einen weiteren Druck auf die Westmächte ausüben werde, mit den Friedensverhandlungen zu beginnen.

Auf die Frage, ob Trotzki für seine Friedenserklärung das Einverständnis des russischen Volkes habe, antwortete Kamenew: „Ganz und gar! Man irrt, wenn man annimmt, daß Trotzki eigenmächtig vorgegangen sei. Der Beschluß, eine Erklärung über den Frieden und die Demobilisierung in Brest abzugeben, ist in Petersburg im allgemeinen Arbeiter- und Soldatenkongreß im Beisein Trotzkis gefaßt worden."

„Daily Mail" meldet aus Petersburg: Der Kongreß der russischen Sowjets beschloß sich in Permanenz zu erklären bis zum Vertragsabschluß Rußlands mit allen Kriegführenden und zur Wiederaufnahme der Friedenswirtschaft.

Rußland hofft also auf zweierlei: auf die europäische Revolution und auf die Hilfe der Mächte auf einen allgemeinen Friedenskongreß. Deshalb will es keinen Frieden.

**Entweder — oder!**

Das Wiener „Fremdenblatt" hält es für möglich, daß wir das Verhältnis zu Rußland einfach versumpfen und uns von Trotzki vorschreiben lassen, was zu geschehen hat und was nicht. Im deutschen Hauptquartier wird gegenwärtig in den Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und Herrn von Kühlmann, Hindenburg und Ludendorff beraten, was zu tun ist. Wir hoffen, daß diese Beratungen zu dem Entschluß der Mittelmächte führen, Rußland ein Ultimatum zu stellen, entweder binnen einer bestimmten Frist für den Abschluß des Friedens zu sorgen, oder sich darauf gefaßt zu machen, daß wir die Ostfragen eigenmächtig erledigen und unsererseits in der Nachbarschaft der von uns besetzten Gebiete für Ruhe und Ordnung sorgen, indem wir Livland und Esthland usw. besetzen.

**Dank des Reichstages.**

Der Zentrumsführer Reichstagsabgeordneter Trimborn hat am Montag in einer der üblichen Informationsbesprechungen mit dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Gelegenheit genommen, im Namen aller Parteien dem Reichskanzler Grafen Hertling und dem Staatssekretär von Kühlmann Dank und Anerkennung für den ersten Friedensschluß auszusprechen.

**Reichstag und Friedensschluß.**

Nach der Reichsverfassung schließt zwar der Kaiser selbständig und unabhängig von den anderen Instanzen des deutschen Verfassungslebens den Frieden; wohl aber haben der Reichstag und der Bundesrat ein Recht zum Mitreden in denjenigen Bestimmungen des Friedensvertrages, die in das nach Artikel 4 der Reichsverfassung der Reichsgesetzgebung unetrliegende Gebiet fallen. Besonders die wirtschaftlichen Fragen, die ja im Friedensschluß mit der Ukraine eine besondere Rolle spielen, gehören hierher. Es muß also der Wortlaut des Friedensvertrages als Gesetzentwurf im Reichstage eingebracht und dort beraten werden. Vermutlich wird dies schon bei dem nächsten Zusammentritt des Reichtsages am 19. Februar der Fall sein. Es ist anzunehmen, daß die Verhandlung kaum sehr lange Zeit in Anspruch nehmen wird, da von keiner Seite eine eingehende Kritik des Abkommens von Brest-Litowsk zu erwarten ist. Die „Germania" nimmt an, daß die ganze Angelegenheit am 21. Februar erledigt werden könne. Als sicher darf gelten, daß der Reichskanzler selbst das Wort zur Einbringung des Friedensvertrages nehmen wird.

**Interfraktionelle Besprechung.**

Wie einzelne Blätter erfahren, hat gestern wiederum eine interfraktionelle Besprechung der Mehrheitsparteien des Reichstages stattgefunden. Auch diesmal war die nationalliberale Fraktion nicht vertreten, doch meint die „Voss. Ztg.": Wie immer die nationalliberale Fraktion sich zur Reichstagsmehrheit stellt, werde diese, d. h. das Zentrum, die Sozialdemokratie und die Fortschrittliche Volkspartei, an ihrer bisherigen gemeinsamen parlamentarischen Taktik festhalten wollen.

**Radoslawow in Berlin.**

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt unter dem 13. Februar: Der bulgarische Ministerpräsident Exzellenz Dr. Radoslawow ist heute Mittag in Berlin eingetroffen, um mit dem Herrn Reichskanzler und anderen leitenden politischen Persönlichkeiten nach Abschluß der Verhandlungen in Brest-Litowsk politische Fragen zu besprechen. Herr Dr. Radoslawow ist in Deutschland, wo er einen Teil seiner Studien verbracht hat, und namentlich in unserer Reichshauptstadt kein Fremder. Wir haben schon oft die Freude gehabt, ihn in Berlin begrüßen zu können und ihm die Versicherung abzugeben, daß wir in ihm einen Staatsmann von ungewöhnlichen Gaben verehren. Die Politik, die Herr Dr. Radoslawow in Übereinstimmung mit seinem hohen Herrscher verfolgt, ist stets auf die Pflege der besten Beziehungen Bulgariens zu Deutschland gerichtet gewesen, und seine Bestrebungen auf eine Vertiefung des Bündnisses zwischen Bulgarien und den Zentralmächten finden bei uns warme Aufnahme und verständnisvolle Erwiderung. Der Krieg hat die Völker Deutschlands und Bulgariens einander sehr nahe gebracht; wir schätzen in dem tapferen, tüchtigen, aufstrebenden Bulgarenvolk einen treuen Bundesgenossen, für dessen nationale Bestrebungen wir volles Verständnis und Sympathie hegen.

**Prinz Max von Baden in Berlin.**

Prinz Max von Baden ist, wie aus Karlsruhe gemeldet wird, gestern zu kurzem Aufenthalt nach Berlin abgereist.

**Zur litauischen Frage**

teilt die „Germania" mit, daß der Bischof Karewicz von Kowno am Sonnabend im Großen Hauptquartier General Ludendorff, am Sonntag dem Kardinal von Hartmann in Köln einen Besuch abstattete und über die litauische Frage eine Audienz beim Reichskanzler hatte. Der Bischof ist, wie das Blatt mitteilt, von dem Entgegenkommen im Hauptquartier und bei der Reichsregierung sehr befriedigt, und man könne auf eine baldige Lösung der litauischen Frage rechnen.

**Der Widerhall in der Entente-Presse.**

Dem Reuterschen Büro zufolge sprechen sich die englischen Blätter über den Friedensschluß mit Rußland dahin aus, daß die russische Regierung ein Opfer der Diplomatie der Mittelmächte geworden sei. Der liberale „Daily Telegraph" schreibt: Rußland stellt Deutschland vor die schwierige Frage: was werdet ihr jetzt tun? Und da Deutschland nicht imstande ist, den hilflosen russischen Staat zu annektieren, zu organisieren oder zu verwalten, so kann es darauf keine abschließende Antwort geben. Über den Frieden mit der Ukraine schreibt das Blatt, der Friede mit der Ukraine verliere seinen Glanz, wenn man bedenke, daß ihre Regierung jeden Augenblick weggejagt werden könne. Die Ukraine könne Deutschland nur helfen, wenn sie Nordrußland zur Hungersnot verurteile. — Das unionistische Northcliffe-Blatt „Daily Mail" schreibt: Wenn auch einige Völker die Freiheit vergessen oder verraten haben, das britische Volk steht noch ebenso fest wie gegenüber Napoleon. — Das Northcliffe-Blatt „Times" schreibt, es gebe keine bessere Lektion für aufrichtige Idealisten, die nach einem guten Frieden durch Verhandlungen streben, als die Erniedrigung der Bolschewiki in Brest-Litowsk. Die Bedeutung des Fehlschlagens der Diplomatie der Bolschewiki sei politischer, nicht militärischer Natur. Der militärische Sieg sei vollständig. Wilson sei ein Idealist, und in seiner Rede an den Kongreß bringe er seine Ideale beredt und mit praktischer Genauigkeit vor. Das Blatt erinnert daran, daß Wilsons Glaube an einen Völkerbund und die Herrschaft von Recht und Gerechtigkeit eine Politik sei, die nach dem Kriege vielleicht inbetracht käme. — „Daily News" enthält sich jeden Kommentars, da nur deutsche Berichte vorliegen.

In Frankreich kam, wie die „Agnece Havas" meldet, die Nachricht von der Demobilisierung der russischen Armee nicht sehr überraschend; denn schon seit Monaten hat diese, wie „Petit Journal" bemerkt, demobilisiert. Auf deutscher Seite ist die Lage ebenfalls wenig verändert, denn die Deutschen, die seit langer Zeit Kampfeinheiten weggenommen haben, werden genötigt sein, in Rußland ihren gegenwärtigen Truppenbestand beizubehalten, bis die Ordnung endgiltig wiederhergestellt sein wird. Das Blatt ist der Ansicht, daß die deutschen Maßnahmen zur Versorgung mit Lebensmitteln langsam und schwierig vor sich gehen werden. — „Homme Libre" schreibt: Wir sind nicht mehr überrascht durch die Maximalisten. Nachdem sie die Komödie des Bruches gespielt haben, spielen sie jetzt diejenige des Einverständnisses. Wir glauben nicht, daß es ihre letzte sein wird. — „Petit Parisien" glaubt, daß der eingeschlagene Weg geeignet sei, auf die Bevölkerungen Österreich-Ungarns und Deutschlands Eindruck zu machen. Die Russen legen die Waffen nieder, ohne vom Gegner irgend eine Verpflichtung zu verlangen. Diese Lösung, die aus eigenem Antrieb den Krieg für beendet erklärt, widerspricht allem geschichtlichen Herkommen. Das Blatt stellt fest, daß kein Vertrag den Mittelmächten solche Vorteile gesichert haben würde, da sie Herren der Faustpfänder bleiben.

**Neutrale Stimmen.**

Aus Kristiania wird gemeldet: Der Friedensschluß mit der Ukraine und das Aufhören des Kriegszustandes mit Rußland haben hier allgemein den größten Eindruck gemacht und werden von der gesamten Presse in Überschriften wie: „Rußland kapituliert und schließt einen Frieden ohne Bedingungen" hervorgehoben. Auch in redaktionellen Artikeln wird dies als der größte deutsche Sieg im Weltkriege bezeichnet, der den Untergang für Rußland und den Anfang vom Ende des Bolschewismus bedeute.

Das „Berner Tagblatt" schreibt über den Frieden im Osten: Man hat der deutschen Diplomatie vorgeworfen, sie sei ungeschickt und habe es verschuldet, daß Deutschland mit der ganzen Welt verfeindet worden sei. Wir wollen nicht untersuchen, ob dieses Urteil gerecht sei. Das aber müssen auch die Feinde Deutschlands zugestehen, dieser Abschluß mit der Ukraine, unter Kaltstellung des offiziellen Rußland, war ein Meisterstück. Während in Paris die Abgesandten der Entente wieder einmal die innige Einheit ihrer Front beschlossen, während Minister Lengues den erfreuten Kollegen verkündete, Deutschland habe bekanntlich den Krieg verloren, und es handle sich nur noch darum, die verlorenen Provinzen zurückzunehmen, während ungeheure Massen von Soldaten und Material auf allen Bahnen gegen Westen rollen, um endlich den entscheidenden Schlag zu führen, hat die deutsch-österreichische Diplomatie einen tatsächlichen Sieg errungen, der sich binnen kürzester Zeit auch als militärischer Sieg auswirken wird.

## Die Kämpfe im Westen.

**Deutscher Abend-Bericht.**

W. T.-B. meldet amtlich:

Berlin, 13. Februar, abends.

**Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.**

**Französischer Heeresbericht.**

Der amtliche französische Heeresbericht vom 12. Februar abends lautet: Beiderseitige Artillerietätigkeit in der Champagne, in der Hügelgegend auf dem rechten Maasufer und an einigen Stellen der Vogesen. Kein Infanteriegefecht. — Am 11. Februar wurden vier deutsche Flugzeuge von unseren Fliegern abgeschossen. Außerdem machten unsere Flieger verschiedene Bombenflüge; 9000 Kilogramm Geschosse wurden auf Werke, Vorratsschuppen, Bahnhöfe und Lager des Feindes abgeworfen, besonders auf den Bahnhof Metz-Sablons, wo sich ein Brand bemerkbar machte.

**Englischer Bericht.**

Der englische Heeresbericht vom 12. Februar abends lautet: Von unseren Patrouillen wurden an verschiedenen Stellen längs der Front einige Gefangene eingebracht. Im Laufe des Tages ereignete sich nichts von Bedeutung. — Gestern machten Nebel, starke Winde und niedrig hängende Wolken die Vorbedingungen für Flüge wieder ungünstig. Nur geringe Arbeit konnte für die Artillerie geleistet werden, aber unsere Flugzeuge machten mehrere erfolgreiche Erkundungsflüge und warfen über eine Tonne Bomben auf verschiedene Ziele hinter den feindlichen Linien. Gefechte fanden nicht statt. Heute machten unsere Flugzeuge eine Streife nach Deutschland hinein und bewarfen die Stadt Offenburg mit Bomben. Einzelheiten darüber sind noch nicht eingetroffen.

### In Erwartung der Offensive.

Die französische Öffentlichkeit wird mit aller Deutlichkeit auf die bevorstehende Offensive der Mittelmächte an der Westfront vorbereitet. Die meisten Blätter enthalten diesbezügliche Aufsätze ihrer militärischen Mitarbeiter. So schreibt Oberst Rousset im „Petit Parisien“: Deutschland sei zur Offensive großen Stils gezwungen, nicht nur, weil der augenblickliche Stillstand sein Prestige herabsetzen würde, sondern auch, weil die innere Lage Deutschlands einen großen militärischen Erfolg notwendig mache. Der Berichterstatter des „Petit Parisien“ an der englischen Front hält gleichfalls einen Angriff für unvermeidlich. Es sei Pflicht, dies der Öffentlichkeit mit aller Deutlichkeit zu sagen, um jede Überraschung und Entmutigung im Augenblick des Kampfes unmöglich zu machen. „Matin“ hält angesichts der enormen Frontverkürzung im Osten eine österreichisch-ungarische Offensive in Venetien für nicht ausgeschlossen.

### Eine englische Hindenburg-Linie.

Die Londoner Wochenschrift „The World“ schrieb in ihrer Nummer vom 24. Dezember: Die Fortsetzung der Frontangriffe gegen die Hindenburg-Linie, die einen so furchtbaren Aufwand an Menschenmaterial erfordert haben und mit denen so wenig erreicht wurde, können nicht die einzige Möglichkeit sein, den Krieg zu gewinnen. Vielleicht würden wir weit besser tun, selber eine Hindenburglinie an der Westfront anzulegen.

### Amerikaner-Taten an der Westfront.

Reuter berichtet: In dem Wochenbericht des Kriegssekretärs Baker heißt es, daß auf einer Strecke der amerikanischen Linie, die dicht an den deutschen Stellungen liege, Bombenkämpfe und häufige Handgranatenkämpfe stattgefunden hätten. Deutsche Flugzeuge hätten zahlreiche Erkundungsflüge gemacht, seien aber stets vom Feuer der Abwehrgeschütze empfangen worden.

### Clemenceau bereist die Front.

Havas verbreitet folgende Nachricht: Das „Echo de Paris“ vernimmt, daß Clemenceau wichtige Punkte der Front besichtigte, sowie den Stand der Arbeiten im Hinblick auf eine deutsche Offensive. Er ist diese Nacht zurückgekehrt und wird am Morgen den Ministerrat über die Ergebnisse seiner Reise unterrichten.

## Der italienische Krieg.

### Der österreichische Tagesbericht

vom 13. Februar meldet vom

italienischen Kriegsschauplatze:

Keine Kampfhandlungen von Bedeutung.

Der Chef des Generalstabes.

### Italienischer Heeresbericht.

Der amtliche italienische Heeresbericht vom 12. Februar lautet: Auf den südlichen Abhängen des Sasso Rosso und im östlichen Teile des Frenzela-Tales hielt die größere örtliche Kampftätigkeit gestern früh noch an. Der Gegner ließ ansehnliche Infanteriemassen vorgehen, die, durch plötzliches Feuer unserer Artillerie dezimiert, keine bedeutende Tätigkeit entfalten konnten. Am Nachmittag war die Lage wieder normal geworden.

### Italienische Forderungen.

„Corriere della Sera“ schließt sich der Mahnung des „Manchester Guardian“ an, der interalliierte Generalstab solle Italien nicht vernachlässigen, und fordert für den Frühling weitere Hilfstruppen, da Italien nicht genügend Truppen habe, um die Mannschaften der vordersten Linien häufig zu wechseln, die dadurch eintretende Zermürbung der Widerstandskraft aber schon zur Katastrophe von Karfreit mit der Grund gewesen sei. Die Entente müsse die italienische Front, namentlich den Rücken Frankreichs, und die Verbindung mit dem Orient verteidigen.

## Die Kämpfe im Osten.

### Die Stimmung an der deutschen Front.

„Iswestija“ veröffentlicht eine Unterredung mit russischen Zivilgefangenen, die am 29. Januar aus Deutschland zurückgekehrt sind: „Die deutschen Frontsoldaten erklären, daß sie sich nach Frieden sehnen; aber wenn die Fortsetzung des Krieges nötig ist, so werden sie mit der früheren Hartnäckigkeit weiter kämpfen. Denn obwohl Deutschland viel fordere, so habe es das Recht dazu, da es Sieger sei. Die Überzeugung von der Gerechtigkeit der Forderungen ist innerhalb Deutschlands und an der Front sehr verbreitet.“

## Vom Balkan-Kriegsschauplatz.

### Bulgarischer Heeresbericht.

Der bulgarische Generalstab meldet vom 11. Februar: Mazedonische Front: In der Umgegend von Bitolia und bei Dobropolje nahm das Artilleriefeuer zeitweilig an Heftigkeit zu. Westlich und östlich vom Wardar auf beiden Seiten mehrere Angriffe und Feuergefechte. Im Strumatale am Butkovosee und östlich vom Dorfe Koopriva zerstreuten wir durch unser Feuer mehrere starke englische Erkundungsabteilungen.

## Der türkische Krieg.

### Türkischer Heeresbericht.

Der amtliche türkische Heeresbericht vom 12. Februar lautet: An den Fronten nichts Besonderes.

## Die Kämpfe zur See.

### Neue U-Boot-Beute.

W. T.-B. meldet amtlich:

Durch Vernichtung von

**33 000 Brutto-Registertonnen**

erlitt der Transportverkehr unserer Feinde im östlichen Mittelmeer eine empfindliche Einbuße. Es handelte sich hauptsächlich um nach dem Orient bestimmte Transporte. Den Hauptanteil an den stärkster Gegenwehr zum Trotz erzielten Erfolgen hat Kapitänleutnant Sieß.

Fünf Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen, zwei davon unmittelbar vor dem Hafen von Alexandria. Unter den übrigen versenkten Dampfern befand sich das erst 1916 gebaute Motorschiff (Glenamoy“ (7269 Tonnen). Ein Dampfer hatte Baumwolle nach Marseille geladen, wie sich aus der Aufschrift zahlreicher bei der Untergangsstelle treibender Baumwollballen ergab.

An Segelschiffen wurden vernichtet die englischen Segler „Apostulos Andreas“ und „Taxiarchis“.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

### Weitere Schiffsverluste.

„Matin“ meldet aus Santander: Ein unbekannter amerikanischer Segler mit Gasolinladung ist in der Nähe von Suaoes zerschellt. 15 Seeleute sind in einem spanischen Hafen angekommen.

„Petit Parisien“ meldet aus Brest: Das Patrouillenschiff „Cheuque“ ist im Nebel zerschellt. 14 Mann der Besatzung sind gerettet.

### Ein englischer Zerstörer gesunken.

Reuter meldet amtlich: Der britische Zerstörer „Boxer“ ist in der Nacht vom 8. Februar infolge eines Zusammenstoßes im Kanal gesunken. Ein Mann wird vermißt.

### Die Untergrabung der Unterstützung Frankreichs.

Wie der Mangel an Schiffsraum die Unterstützung Frankreichs durch überseeische Länder untergräbt, erhellt aus den Verhandlungen der französischen Kammer am 25. Januar. Der Unterstaatssekretär Limér erklärte, es sei ihm gelungen, den Frachtpreis von Frankreich nach Algier bedeutend herabzusetzen, die neutrale Schiffahrt habe aber daraufhin die Fahrten eingestellt, weil ihr der Höchstpreis zu niedrig sei. Die Schiffe aus dem fernen Osten mußten zurückgezogen werden. Den Verkehr mit Indo-China vermittelt nur noch wesentlich ein Dampfer, der aber nur bis nach Port Said fährt, dort die von japanischen oder neutralen Schiffen gebrachten Waren übernimmt und wieder umkehrt. Der Abgeordnete Boussenot gab bekannt, daß am Jahresschlusse fast eine Million Ware, davon die Hälfte Nahrungsmittel und Kriegsgerät, in den fernen Kolonien unbefördert liegen bleiben mußten. Der Abgeordnete Bouisson griff die französischen Reeder auf das heftigste an, weil sie aus Furcht vor Verlusten ihre Schiffe auflegen, um nach Kriegsende bessere Geschäfte zu machen.

Durch die inzwischen erfolgte Ernenung des Abgeordneten Bouisson zum Kommissar für Seetransporte gewinnen seine Ausführungen besonderes Gewicht.

## Polen und die Ukraine.

### Zum Rücktritt des polnischen Ministeriums.

Die Polen sind, wie berichtet, nunmehr zu ihrer zweiten großen Kundgebung zum Abschluß des Brest-Litowsker Friedensvertrages geschritten: nach der scharfen Kampfansage des österreichischen Polenklubs an die Regierung Herrn von Seidlers gab auch das Ministerium im neuen polnischen Staate seine Entlassung. Der Grund ist in der gestern veröffentlichten Meldung nicht genau angegeben; selbstverständlich aber handelt es sich um die Tatsache, daß das Cholmer Land entgegen den polnischen Ansprüchen nicht dem künftigen Königreiche Polen, sondern dem ukrainischen Staate zugesprochen worden ist. Die Dinge beginnen sich also durchaus so zu entwickeln, wie vorauszusehen war: das ganze Polentum drängt einer Oppositionsstellung gegen die Mittelmächte zu. Daß diese Opposition durch irgendein Entgegenkommen der Mittelmächte gemildert werden könnte, darf dabei als völlig ausgeschlossen gelten. Es hätte daher weder Zweck, in einer vom „Pester Lloyd“ angedeuteten Weise den polnischen Wünschen bezüglich Cholms wenigstens in gewisser Beziehung Rechnung zu tragen, noch die Polen anderweitig entschädigen zu wollen; vielmehr sollten die Mittelmächte ganz andere Mittel anwenden, um die Opposition der Polen, wenn man sie schon nicht beseitigen kann, doch wenigstens unschädlich zu machen.

Dem „Pester Lloyd“ wird aus Wien von unterrichteter Seite mitgeteilt: Hinsichtlich der zukünftigen Staatszugehörigkeit des in der Vergangenheit viel umstrittenen Cholmer Landes stehen die Regierungen der Mittelmächte auf dem Standpunkt, daß für sie in dieser Frage nicht die aus der Geschichte abgeleiteten Ansprüche der Polen allein maßgebend sein dürften. Die Mittelmächte haben sich in Brest-Litowsk mit Bezug auf die im ehemaligem Zarenreiche wohnenden Völker zur Anerkennung des Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechts verpflichtet. Gerade die seit langem ungeklärte Frage des Cholmer Gebietes gehöre zu denen, die aufgrund der übernommenen Verpflichtungen offenbar nur im Einvernehmen mit den Wünschen der Bevölkerung beantwortet werden können. Im Friedensvertrag mit der Ukraine ist von der Bestellung einer gemischten Komission zur Regelung der noch ungelösten Grenzfragen die Rede. In dieser Kommission dürfte den Polen eine Vertretung eingeräumt werden.

Einer weiteren Meldung aus Wien zufolge ist die Regierung in Österreich-Ungarn durch die Opposition der Polen insofern in eine unangenehme Situation geraten, als nunmehr für das Budget nur die Deutschen, die Christlichsozialen und die Ukrainer stimmen werden. Die Situation wird dadurch noch verschärft, daß die nächste Tagung des österreichischen Abgeordnetenhauses schon am 19. stattfindet und ein Ersatz für die starke Partei der Polen erst gesucht werden muß.

### Der Kaiser über den Friedensschluß mit der Ukraine.

Der Kaiser hat an Generaldirektor Heineken vom Norddeutschen Lloyd in Bremen auf ein von diesem an ihn wegen des Friedensschlusses mit der Ukraine gerichtetes Telegramm folgende Antwort gesandt: Für Ihre Worte der Genugtuung über den ersten Friedensschluß und des Vertrauens in die Zukunft des Vaterlandes sage Ich Ihnen herzlichen Dank. Es ist nur ein kleiner Anfang. Aber es ist mit Gottes Hilfe durch das deutsche Schwert die Tür aufgemacht, die zum allgemeinen Frieden führen soll. Voll tiefen Dankes habe Ich das heute empfunden. Gott helfe weiter! Wilhelm I. R.

### Die ersten Folgen des Friedensschlusses mit der Ukraine

machen sich, wie aus Wien gemeldet wird, bemerkbar. Die Rada hat ihren Sitz nach Zitomir verlegt und die direkte Verbindung mit uns hergestellt. Es ist sehr zu hoffen, daß durch diese örtliche Näherrückung eine beschleunigte Abwicklung aller im Verhandlungswege festgelegten Abmachungen erfolgen wird.

### Die Ukrainer als Realpolitiker.

Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow sagte in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Voss. Ztg.“: Die Ukrainer haben Realpolitik getrieben. Sie sind geborene Organisatoren. Infolgedessen genießen sie auch die allgemeinen Sympathien unserer ganzen Gruppen. In einer der verwickelsten Lagen können nur Taten helfen. Der Friedensschluß in der historischen Nacht war eine solche weltgeschichtliche Tat.

### Keine Anerkennung durch die Entente.

Dem Reuterschen Büro ist mitgeteilt worden, daß die englische Regierung sich nicht für gebunden hält, den zwischen Österreich-Ungarn, Deutschland und den anderen Unterzeichnern mit der Ukraine geschlossenen Frieden anzuerkennen.

## Rumänien vor der Entscheidung.

### Rumäniens Zwangslage.

Die „Morning Post“ meldet aus Jassy: Die für den 15. Februar ausgeschriebenen Einberufungsbefehle für die im Januar ausgemusterten rumänischen Heerespflichtigen wurden aufgehoben.

General Averescu hat neben der Ministerpräsidentschaft das Amt des Armeeoberkommandanten übernommen.

Im „Berl. Tagebl.“ wird gesagt: Nicht das Kriegsende ohne Frieden, wohl aber der endgiltige Frieden des Verbundes mit der Ukraine wird aller Wahrscheinlichkeit nach Rumänien zwingen, nunmehr die durch Feldmarschall Mackensen dargebotene Friedenshand innerlich dankbar anzunehmen. Die rumänische Armee ist strategisch in einer Lage, die die Fortsetzung des Krieges zum Selbstmord stempeln würde.

### Die Entente warnt.

Nach dem „Berl. Lokalanz.“ soll am Montag die rumänische Regierung von den Gesandten der Entente in Jassy auf die weittragenden Folgen einer Abschwenkung von der gemeinsamen Politik hingewiesen worden sein. Die neue rumänische Regierung habe die Mitteilungen der Gesandten zur Kenntnis genommen. Eine Gegenerklärung wurde aber nicht abgegeben.

Wie dem gleichen Blatt von der schweizerischen Grenze berichtet wird, ist nach einer Meldung der „Morningpost“ der private Telegraphenverkehr zwischen Großbritannien und Rumänien seit Montag eingestellt.

## Provinzialnachrichten.

**Rosenberg**, 12. Februar. (In der gestrigen ersten Stadtverordnetensitzung) des neuen Jahres gab Stv.-Vorsteher R. Hanne einen ausführlichen Bericht über die Arbeit der Körperschaft im verflossenen Jahre. Die neu- bezw. wiedergewählten Stadtverordneten Anker, Bürger, Neumann und Hochmann und als Magistratsmitglied Herr Elsner wurden durch Bürgermeister Hermsdorff eingeführt und verpflichtet. In den Vorstand der Versammlung wurden einstimmig wiedergewählt die Stadtverordneten R. Hanne (Vorsteher), A. Weigel (Stellvertreter), Bürger (Schriftführer), A. Neumann (Stellvertreter).

**Marienburg**, 12. Februar. (Übertritt in den Ruhestand.) Landwirtschaftsschuldirektor Dr. Pfuhl-Marienburg, ein reger Förderer und Freund der Landwirtschaft, tritt am 1. April d. Js. in den Ruhestand.

**Danzig**, 11. Februar. (Verschiedenes.) Der Streit zwischen der Stadt Danzig und der Firma F. Schichau-Danzig hat den Inhaber der Firma Schichau veranlaßt, in einem Schreiben an die Stadtverordnetenversammlung gegen die in der Versammlung gegen die Firma Schichau erhobenen Angriffe Stellung zu nehmen. Nach einer ausführlichen Schilderung der Vorgänge vom Standpunkt der Firma Schichau aus erklärt sich die Firma bereit, einer von der Stadtverordnetenversammlung zu benennenden Sonderkommission weitere Auskunft über die tatsächlichen Verhältnisse zu erteilen. — Das Gut Pietzkendorf bei Langfuhr ist vom Rentner C. Freymann an das landwirtschaftliche Ansiedelungskontor Anker u. Behrendt verkauft worden. Das Gut ist 460 Morgen groß. — Die diesjährige Spielzeit des Stadttheaters wird, vorausgesetzt, daß die militärischen Reklamationen solange inkraft gelassen werden, bis zum 9. Juni verlängert werden. — Mit Gas vergiften wollte sich gestern Nachmittag in Neufahrwasser eine Frau und Mutter zahlreicher Kinder aus Aufregung darüber, daß ihr zum 1. April die Wohnung gekündigt worden war. Mannschaften der Feuerwehr Neufahrwasser riefen die verzweifelte Frau mittels Pulmonators wieder ins Leben zurück. Sie ist wieder wohlauf.

**Danzig**, 12. Februar. (Die Auflösung der Danziger Viehmarktsbank) dürfte noch in diesem Monat erfolgen. Wie aus der Tagesordnung der am 27. d. Mts. stattfindenden Generalversammlung hervorgeht, haben eine Anzahl Genossen den Antrag auf Auflösung der Bank gestellt. Die Bank, die ein Aktienkapital von 90 000 Mark besitzt, zahlte in den letzten Jahren ihren Aktionären ständig 17 Prozent Dividende. Die zentrale Bewirtschaftung des Viehes hat die Bank arbeitslos gemacht.

**Lötzen**, 11. Februar. (Feuer) vernichtete in der letzten Nacht das Papierwarenlager des Buchdruckereibesitzers Kühnel am Markt.

**Königsberg**, 12. Februar. (Die städtischen Steuern) sollen im nächsten Etatsjahre die gleichen bleiben wie im Vorjahre. Danach werden also an Gemeinde-Einkommensteuer wiederum 275 Prozent erhoben.

**Königsberg**, 12. Februar. (Kapitalserhöhung.) Herr Hugo Stinnes in Mühlheim (Ruhr) hat durch Vermittelung der Deutschen Bank in Königsberg die Aktienmehrheit der Kohlen-Import- und Steinkohlenbrikettfabrik erworben. In einer auf den 6. März einberufenen außerordentlichen Generalversammlung soll neben einer durchgreifenden Satzungsänderung eine Erhöhung des jetzt 744 000 Mark betragenden Aktienkapitals auf eine Million Mark beschlossen werden. In den Aufsichtsrat, dessen Vorsitz Herr Hugo Stinnes übernimmt, sollen neben einem Vertreter der Deutschen Bank namhafte Industrielle gewählt werden.

E **Fordon**, 11. Februar. (Verschiedenes.) Der hiesige Vaterl. Frauenverein veranstaltete gestern Abend in Vogels Hotel einen Unterhaltungsabend, der recht gut besucht war. Die Mitglieder des Mädchen-Jugendbundes, r Jugendwehr und andere geschätzte Kräfte hatten sich in den Dienst der guten Sache gestellt und sorgten durch Deklamationen und Gesänge für reichhaltige Abwechslung. Der Reinertrag ist für Wohlfahrtszwecke bestimmt. — In der vergangenen Nacht wurde bei dem Kaufmann und Gastwirt Franz Plotka am Markt wieder ein Einbruch verübt. Es wurden für 40—50 Mark Zigaretten, 10—15 Flaschen Wein und 5—10 Mark Kleingeld aus der Ladenkasse gestohlen. Trotz eifriger Nachforschungen konnte der Dieb noch nicht ermittelt werden. — Bei der letzten Stadtverordnetenwahl hatte der einzige Wähler der 1. Abteilung, Fabrikbesitzer Albert Medzeg, seinen Maschinenführer Bärenklau, der nicht Hausbesitzer ist, zum Stadtverordneten gewählt. Diese Wahl war von den Stadtverordneten für ungiltig erklärt worden, weil unter den bisherigen drei Stadtverordneten nur ein Hausbesitzer war und der vierte neuzuwählende Stadtverordnete unbedingt ein Hausbesitzer sein muß, da die Hälfte der Stadtverordneten jeder Abteilung aus Hausbesitzern zu bestehen hat. Zu dem neu angesetzten Wahltermin war der einzige Wähler, Herr Medzeg, nicht erschienen. Infolgedessen wird wohl ein Stadtverordnetenmandat verwaist bleiben.

d **Strelno**, 13. Februar. (Zahlreiche Einbruchsdiebstähle) sind in Bronislaw und anderen Ortschaften des Kreises verübt und Lebensmittel und andere Sachen in großen Mengen gestohlen worden. Der Täter, ein mit Zuchthaus vorbestrafter Arbeiter namens Janetzki, hält sich versteckt; nach ihm wird eifrig gefahndet.

**Posen**, 12. Februar. (25jähriges Priesterjubiläum des Erzbischofs Dr. Dalbor.) Der Erzbischof Dr. Dalbor kann am 25. d. Mts. sein 25jähriges Priesterjubiläum feiern. Da er diesen Tag in der Stille und Zurückgezogenheit zu begehen wünscht, hat er sich vorige Woche auf drei Wochen nach Zakopane begeben und bittet, von Glückwünschen Abstand zu nehmen.

## Lokalnachrichten.

Thorn, 14. Februar 1918.

— (Das Eiserne Kreuz.) Mit dem Eisernen Kreuz zweiter Klasse wurden ausgezeichnet: Landsturmmann Friedrich Kabbe aus Graudenz; Füsilier Gustav Mroß, Krankenträger Otto Stielau und Wehrmnan Julius Stielau aus Niedereichen, Kreis Graudenz.

— (Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe) erhielt der Geschäftsführer Max Lewin in Lautenburg (Westpr.).

— (Seinen 75. Geburtstag) feiert am 15. d. Mts. Herr Kommerzienrat Emil Dietrich, Inhaber der über die Provinz hinaus bekannten Firma C. B. Dietrich u. Sohn, der als Stadtrat und Vorsteher der Thorner Handelskammer zu den Persönlichkeiten gehört, die an der Spitze des öffentlichen Lebens unserer Stadt stehen. Seine ursprüngliche Absicht, sich dem Baustudium zu widmen, aufgebend, trat er 1858 in das Geschäft seines Vaters ein, das 1841 als einfache Nagelschmiede begründet worden war. Nach 1860 setzte für die Entwickelung derselben eine günstige Zeit ein; denn mit der 1861 eröffneten Warschau—Wiener Eisenbahn, die Thorn die erste Bahnverbindung brachte, war die Möglichkeit gegeben, daß die oberschlesischen Produkte an Eisen, Kohlen, Kalk, Metallen usw. in Wettbewerb mit den Erzeugnissen des Westens treten konnten. Daher nahm das Dietrichsche Eisengeschäft in den 60er Jahren einen erheblichen Aufschwung. Von der Notwendigkeit überzeugt, daß eine bessere Entwickelung der wirtschaftlichen Verhältnisse Thorns einzig von guten Bahnverbindungen mit den östlichen Provinzen abhängig sei, unterstützte Herr Emil Dietrich lebhaft die Bestrebungen der Thorner Kaufmannschaft, in erster Reihe die geplante Bahnverbindung nach Insterburg zu erwirken. Nachdem dieser Wunsch 1873 erfüllt, die Thorner Eisenbahnbrücke fertiggestellt, auch die Eisenbahn nach Hohensalza eröffnet war, konnte Herr Dietrich seinen Plan durchsetzen, seiner Firma und den von ihr vertriebenen Erzeugnissen der oberschlesischen Montanindustrie ein Absatzgebiet im deutschen Osten zu erobern. Es gelang seiner unermüdlichen Ausdauer, schon nach wenigen Jahren festen Fuß in den von der neuen Bahn berührten Orten West- und Ostpreußens zu fassen und der Firma eine feste Kundschaft für die genannten Fabrikate zu sichern. Mit diesem Aufschwunge vollzog sich der Übergang vom Kleinbetriebe zum Großbetriebe. Eine weitere Förderung des Unternehmens erfolgte durch den Bau der Weichselstädtebahn Anfang der 80er und der Thorner Uferbahn Ende der 80er Jahre. Seit 1876 war Herr Emil Dietrich Teilhaber der Firma, die in „C. B. Dietrich u. Sohn“ geändert worden, und nach dem Tode seines Vaters im Oktober 1888 erwarb er von den Erben das ganze Handelsgeschäft. 1891 erlitt dasselbe durch einen Speicherbrand eine nicht unerhebliche Störung. 1903 wurde das Unternehmen durch Beteiligung der Firmen

Eduard Lindner-Breslau und M. Karo u. Sohn-Berlin in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt, und in den nächsten Jahren vollzog sich dann die Hinauslegung des Engros-Geschäftes auf das in Thorn-Mocker erworbene Gebiet. Aber auch nach dem offiziellen Ausscheiden aus der leitenden Tätigkeit hat Herr Emil Dietrich sein lebhaftes Interesse für die Firma fortgesetzt bekundet. 1907 wurde er mit dem Titel eines königlichen Kommerzienrats ausgezeichnet. Stets war er bereit, trotz vielseitiger Inanspruchnahme, seine Kräfte öffentlichen Interessen zu widmen. Durch das Vertrauen seiner Mitbürger war er bereits 1876 in die Stadtverordnetenversammlung berufen, welcher Körperschaft er bis zu seiner Wahl in den Magistrat im Jahre 1898 ununterbrochen angehört hat. Als Stadtrat führte er vom 23. Dezember 1898 bis zum 10. Januar 1899 das Dezernat der städtischen Gasanstalt und vom 10. Januar 1899 bis zum 5. Januar 1904 das Dezernat des städtischen Schlachthofes. 1905 wurde er zum Präsidenten der Thorner Handelskammer gewählt, die ihn schon 1887 in den Bezirkseisenbahnrat Berlin, 1889 in den Bezirkseisenbahnrat Bromberg als stellvertretendes und von 1898 als ordentliches Mitglied entsandt hatte. Seit dem 4. März 1907 gehört Herr Kommerzienrat Dietrich dem Landeseisenbahnrat Berlin als stellvertretendes und seit dem 5. März 1910 als Mitglied an. Im Herbst 1903 wurde er für den Wahlkreis Thorn-Culm-Briesen zum Mitglied des Abgeordnetenhauses gewählt und 1907 und 1912 für die 21. und 22. Legislaturperiode wiedergewählt. Gelegentlich der Einweihung des Theaters 1904 wurde Herrn Kommerzienrat Dietrich der Rote Adlerorden 4. Klasse und aus Anlaß der Eröffnung des Thorner Holzhafens im Jahre 1909 der Kronenorden 3. Klasse verliehen, in letzter Zeit noch das Verdienstkreuz für Kriegshilfe.

— (Die vereinigten kirchlichen Körperschaften der altstädt. ev. Kirchengemeinde) tagten gestern unter Vorsitz des Herrn Pfarrer Jacobi. Das Andenken des Herrn Rentners Wegner wurde durch Erheben von den Sitzen geehrt. Herr Kaufmann E. Kittler berichtete über den Haushaltsplan der Kirchenkasse und ihrer Nebenkassen für 1918, der nach den Vorschlägen des Gemeindekirchenrats angenommen wurde. Das Gehalt des Kirchendieners wurde um 250 Mark erhöht und der Antrag an den Parochialverband gestellt, die Teuerungszulagen für die nichtgeistlichen Kirchenbeamten vom 1. April d. Js. an nach staatlichen Grundsätzen zu bemessen. Die neubegründete Frauenhilfe erhielt 275 Mark. Zu Gemeindeältesten wurden als Ersatzmänner für die ausgeschiedenen Herren Wegner und Professor Grollmus die Herren Geheimrat Dr. Maydorn und Seminarlehrer Wild, zum Mitgliede der Kreissynode Herr Gasdirektor, Hauptmann d. L. Sorge, zum Parochialverbandsvertreter Herr Stadthauptkassenkontrolleur i. R. Bader, zum Stellvertreter im Parochialverbande Herr Zollrevisor Jäkel und zu Gemeindevertretern die Herren Gewerbeschuldirektor Busse und Bäckerobermeister Wegner gewählt.

— (Vaterl. Unterhaltungsabend.) Der Ausschuß für Volksunterhaltung veranstaltete am Dienstag, nachmittags 2½ Uhr, im Viktoriapark mit dankenswerter Unterstützung des königl. Gouvernements für die Oberstufen der Gemeindeschulen einen Unterhaltungs-Nachmittag, der überaus reich besucht war. Eingeleitet wurde derselbe durch die Ouvertüre zur Oper „Stradella“, welche von der Kapelle des Ersatz-Batls. Inf.-Regts. 176 unter Leitung des Herrn von Wilmsdorff in bekannter Vollendung zu Gehör gebracht wurde. Es folgten sodann die Lieder „Es braust ein Ruf“, „Was frag ich viel nach Geld und Gut“, „Kennt ihr das Land“, die von den Kindern der Oberstufe der 4. Gemeindeschule — Knaben und Mädchen — unter der Leitung des Gesanglehrers Herrn Lukowsky vorzüglich vorgetragen wurden. Die nun folgende kernige Ansprache des Herrn Oberlehrers Johannes richtete sich vornehmlich an die Heimarmee, deren hauptsächlichste Aufgabe es ist, in dieser kritischen Zeit durchzuhalten. Das Kaiserhoch beendete die interessanten Ausführungen. Die Deklamationen zweier Jungmannen, die gesanglichen Leistungen des Herrn Frenkel, sowie die beiden Lieder „Nun brause mein Lied“ und „Und hörst du das mächtige Klingen“, die von dem Knabenchor des Herrn Rektors Krause unter dessen Leitung ausgezeichnet vorgetragen wurden, ernteten den verdienten Beifall. Die humorvollen Darbietungen des Herrn Hirschfeld erregten wahre Heiterkeitsstürme, da sie so recht dem Empfinden der Jugend angepaßt waren. — Abends fand ein Unterhaltungsabend für die Unteroffizierfamilien statt, der gleichfalls, vorwiegend von Feldgrauen, stark besucht war und sich aus demselben Programm zusammensetzte. Den Abschluß bildete hier ein lehrreicher Lichtbildervortrag des Herrn Leutnants Darius über „Hamburg und sein Welthandel“.

— (Letztes Künstlerkonzert.) Für das letzte Konzert der Musikfreunde, das am Sonnabend, 16. Februar, stattfindet, ist das zurzeit auf einer Konzertreise in unserem Osten befindliche Fitzner-Quartett aus Wien gewonnen worden. Es besteht aus den vier Künstlern: Professor Rud. Fitzner (1. Geige), Max Weißgerber (2. Geige), Jaroslav Czerny (Bratsche) und Anton Walter (Cello) und wird von seinem Leiter mit hinreißendem Feuer angeführt. Seine Kunstleistungen gehören zu den besten, die auf dem vielgepflegten Gebiete der Kammermusik dargeboten werden. Dieses Meisterquartett zeichnet sich aus durch feinsinniges, technisch reifes und bis ins Feinste ausgearbeitetes Zusammenspiel. Professor Fitzner ist kürzlich vom König von Schweden durch Verleihung der goldenen Medaille für Kunst und Wissenschaft ausgezeichnet worden.

— (Das bestbekannte Zauberkünstlerpaar Mara und Any Eva Fay) kündigt für Sonntag, Montag und Dienstag Gastspiel-Abende im Viktoriasaale an. Dem Künstlerpaar stehen gute Empfehlungen zur Seite. Herr Mara ist, wie eine Besprechung aus Erfurt besagt, in der Wahl seines Repertoirs stets ebenso geschmackvoll wie glücklich. Eine Hauptnummer bildete „Naja“, das schlafende und schwebende Wunder der indischen Marabouts. Sodann folgten spiritistische Vorführungen, teilweise mit Erklärungen, die viel Interesse erregten. Bei einem Gastspiel des Künstlers im Schloßhotel zu Gotha waren anwesend die Herzogin von Koburg und Gotha, das Prinzenpaar von Schleswig-Holstein und der Prinz von Sonderburg-Glücksburg.

— (Thorner Stadttheater.) Aus dem Theaterbüro: Morgen, Freitag, findet die erste Aufführung des heiteren Schwanks „Hohe Politik“ statt. Am Sonnabend kommt bei ermäßigten Preisen die Schlager-Operette „Czardasfürstin“ zur letzten Aufführung. Sonntag Nachmittag geht ebenfalls bei ermäßigten Preisen die Operette „Der Soldat der Marie“ in Szene, abends zum 2. male „Die tolle Komteß“. In Vorbereitung befindet sich Millöckers „Bettelstudent“, welcher am Mittwoch, 20. Februar, außer Abonnement als Benefiz für den Spielleiter Schlegel mit dem Benefiziaten in der Rolle des Ollendorf in Szene geht. Näheres siehe Anzeige.

— (Thorner Schöffengericht.) Sitzung vom 13. Februar. Vorsitzer: Amtsrichter Dommes; Schöffen: Kaufmann Daniel und Schuhmachermeister Abromeit; Vertreter der Staatsanwaltschaft: Amtsanwalt Stoermer. — Wegen Betruges waren angeklagt die unverehelichte Marie Toeck und der Landsturmmann Theodor Wroblewski von hier. Letzterer hatte früher die Absicht, die T. zu heiraten und deren uneheliche Tochter Marta als Vater anzuerkennen. Als Wroblewski zum Heeresdienst eingezogen wurde, riet er der Toeck, die Kriegsunterstützung für die Tochter Marta zu beantragen. Als sie dieserhalb im Magistratsbüro vorsprach, wurde Vorlegung eines Einstellungs-Ausweises verlangt, sowie gesagt, daß der Landsturmmann Wroblewski die Vaterschaft des Kindes anerkennen müsse. Die Toeck schrieb solches dem W., worauf er den verlangten Ausweis und auch einen Brief sandte, aus dessen Inhalt zu entnehmen war, daß er die Marta Toeck als seine Tochter ansehe. Nunmehr bewilligte der Magistrat eine Kriegsunterstützung von 10 Mark monatlich. Als die T. 7½ Monate lang die Unterstützung bezogen hatte, trat zwischen ihr und Wroblewski ein Zerwürfnis ein. Letzterer brachte dann zur Anzeige, daß sie sich die Kriegsunterstützung erschwindelt habe. Dies hatte den Erfolg, daß gegen beide Anklage wegen Betruges erhoben wurde. Das Schöffengericht verurteilte die Toeck zu 100 Mark Geldstrafe, ersatzweise 10 Tagen Gefängnis, und Wroblewski, da derselbe schon wegen Eigentumsvergehens vorbestraft ist, zu 2 Wochen Gefängnis. — Der Ziegler Christian Todzelny, ohne festen Wohnsitz, hat im Juli v. Js. in Schönsee mehrfach gebettelt. Dafür wurde er in eine Haftstrafe von 4 Wochen genommen, und nach Verbüßung derselben soll er der Landespolizei überwiesen werden. — Der Arbeiter Johann K. von hier hat in der Honigkuchenfabrik von Herrmann Thomas 3½ Päckchen Katharinchen entwendet. Das soll er mit 10 Mark Geldstrafe oder 2 Tagen Haft büßen. — Der Überschreitung der Höchstpreise beim Verkauf von Brot wurde der Bäckermeister Hermann B. von der Culmer Vorstadt beschuldigt. Nach der Beweisaufnahme hatten die von ihm hergestellten Vierpfundbrote ein Untergewicht von 100—200 Gramm, und die Salzbrötchen, welche 100 Gramm wiegen sollten, wogen sogar nur 65 Gramm. Ein Verkauf von Gebäck mit einem derartigen Mindergewicht zum vollen Preise erachtete das Gericht als eine Überschreitung des Höchstpreises. Zugunsten des Angeklagten wurde angenommen, daß er nicht vorsätzlich gehandelt habe und das zu leichte Gewicht durch eine fahrlässige Handlungsweise entstanden sei. So erkannte das Gericht nur auf 40 Mark Geldstrafe, während der Amtsanwalt 100 Mark beantragt hatte. — Frau Helene T. war wegen fahrlässiger Körperverletzung angeklagt. Sie bewohnt in der Coppernikusstraße eine Kellerwohnung, deren Eingang durch Klappen verschlossen ist. Am 3. November ist in der Dunkelheit der Schneidermeister M. jene Eingangstreppe hinuntergestürzt und hat sich erheblich am Kopfe verletzt. Die Anklage behauptete, die Treppenklappen wären nicht geschlossen gewesen. Der Gerichtshof gewann aber die Überzeugung, daß der Unfall einem unglücklichen Zufall zuzuschreiben sei, und sprach Frau T. frei. — Der Vorkosthändler R. hatte sich wegen Überschreitung des Höchstpreises beim Verkauf von Käse zu verantworten. Er hat an eine Käuferin aus Leibitsch 5 Pfund mageren Hartkäse zum Preise von 1,75 Mark das Pfund abgegeben, für den er beim Einkauf 1,40 Mark gezahlt hatte. Beide Preise sind aber erheblich zu hoch; denn der festgesetzte Höchstpreis für solchen Käse betrug nur 80 Pfg. für das Pfund. Der Gerichtshof nahm auch in diesem Falle an, daß der Angeklagte nicht vorsätzlich, sondern nur schuldhaft fahrlässig gehandelt habe, und erkannte auf 30 Mark Geldstrafe oder 6 Tage Gefängnis. — Wegen Diebstahls war Frau Ida Z. aus Gurske angeklagt. Sie hat der Frau G., mit der sie in einem Hause wohnt, einen Unterrock, ein Laken, zwei Hemden, zwei Windeln, einen Kinderanzug und etwas Garn entwendet. Dies soll sie mit 1 Tag Gefängnis büßen.

— (Die Schiffahrt auf der Weichsel) ist eröffnet. Die ersten Frachtdampfer aus Wloclawek sind hier eingetroffen und bereits weiter stromab nach Bromberg und Danzig gefahren.

— (Gefunden) wurden ein poln. Gesangbuch, zwei Schürzen, ein Portemonnaie ohne Inhalt.

— (Zugelaufen) ist ein Hund.

## Thorner Stadttheater.

**„Die tolle Komteß.“** Operette in 3 Akten von Rudolf Bernauer und Rudolf Schanzer, Musik von Walter Kollo.

Der gestrigen Aufführung der Operette „Die tolle Komteß“, als Benefiz für Fräulein van der Straaten gegeben, war ein voller Heiterkeitserfolg beschieden. Zwar zeigen die zum Schwank zusammengefügten Motive, Figuren und Situationen eine nahe Verwandtschaft mit Operetten älteren und neueren Datums, doch kann man diesem neuen Erzeugnis des Operettenmarktes nachrühmen, daß es den Geschmack des Operettenpublikums trifft. Das Libretto schildert die abenteuerlichen Streiche einer siebzehnjährigen Komtesse, die von ihrer Mama aus egoistischen Gründen als Dreizehnjährige ausgegeben und behandelt wird; durch den Besuch eines Kabarettballes, der die verwickeltsten Situationen nach sich zieht, erbringt sie aber den Beweis, daß sie den Kinderschuhen entwachsen ist. Schließlich verliebt sie sich heftig in ihren Diener, der, um der bewegten Handlung den befriedigenden Abschluß zu geben, sich als der aristokratische Neffe eines Erbonkels entpuppt und nur wegen seines leichtsinnigen Lebenswandels verurteilt worden war, drei Monate hindurch die Rolle eines herrschaftlichen Dieners zu spielen. In den üppig verstreuten Gesangsnummern, textlich liebenswürdig und zumteil recht graziös, hat Walter Kollo wieder manche neue Variation seiner musikalischen Gedanken und hier und da auch etliche Einfälle gefunden, die der Operette einige Lebensdauer sichern dürften. Die Aufführung war bei guter Stimmung recht flott. Die Titelrolle bot der Benefiziatin Frl. van der Straaten Gelegenheit, ihrem Temperament freiere Zügel schießen zu lassen; doch fehlte es ihr an natürlicher Naivität und Lieblichkeit der Erscheinung, wie sie die Rolle erfordert. Blumenspenden und sonstige Angebinde wurden ihr als Ehrengabe. Herr Walbröhl spielte die Rolle des „Walter von Hagenau“ lebendig und befriedigte auch gesanglich, wenngleich sein Auftreten männlicher sein könnte. Herr Schlegel, der auch für die Spielleitung zeichnete und für schöne Bühnenbilder gesorgt hatte, stattete seinen „Balduin Kose“ mit urwüchsiger Komik aus. Ihm reihte sich würdig Frl. Troll als graziöses Kammerkätzchen an. Auch die übrigen Rolleninhaber, Frl. Malti („Gräfin Kesselstein“), Alfred Gebhardt „(Onkel“) und Robert Philippsborn („Diener“), boten gute Leistungen. Um die musikalische Leitung machte sich Herr Kapellmeister Pollini verdient. Ein von ihm mit recht viel Geschick komponiertes und als Einlage gespieltes Walzerlied fand wohlverdienten Beifall. Das Haus war ausverkauft. —e.

## Briefkasten.

(Bei sämtlichen Anfragen sind Name, Stand und Adresse des Fragestellers deutlich anzugeben. Anonyme Anfragen können nicht beantwortet werden.)

**„Mein tägliches Gebet.“** Den Frieden wünscht selbstverständlich ein jeder; aber die am meisten davon reden oder gar Streiks deswegen erregen, die verzögern ihn gerade und verlängern den Krieg. Denn wer wollte sich so gehässigen und brutalen Menschen, wie den Franzosen und Engländern, auf Gnade und Ungnade ergeben, solange noch Kraft in ihm ist zu kämpfen? Am schnellsten kommen wir zum Frieden, wenn wir an der Front kräftige Schläge führen und daheim zeigen, daß wir einig sind. Das ganze Volk müßte eine große deutsche Vaterlandspartei sein — das würde die Kriegslust unserer Gegner am ehesten dämpfen.

**Frau O. G.** Das Gedicht „Der deutsche Fels“ ist in der Form sehr mangelhaft. Der Gedanke scheint Ihnen noch nicht gekommen zu sein, daß bestimmte Zustände auch bestimmte Versmaße erfordern und das Ruhige nicht durch hüpfende Rhythmen ausgedrückt werden kann. Ein Vers wie „Es war im August. Die Luft schwül und schwer“, als vierfüßiger Jambus — sodaß „schwül“ tonlos bleibt — ist unmöglich. „Uns Deutsche kann nichts auseinanderjagen“ ist ein Ausdruck, den man auch in größter Reimnot nicht auf das eigne Volk anwenden sollte.

**Gefreiter M. K.** Das Gedicht „Ehret die Frauen“, das auch gleich mit einem falschen Zitat: „sie flechten und weben irdische Rosen ins himmlische Leben“, statt „himmlische Rosen ins irdische Leben“, beginnt, ist nur gereimte Prosa — „die, getragen von Vaterlandsliebe, aufrechterhalten die schwersten Betriebe, die auf der Bahn in stattlicher Zahl widmen dem Fahrdienst als Zugpersonal, die von der Post schon in dämmernder Frühe Tragen ihr Päckchen mit Würde und Mühe“ usf. — und auch die Zuspitzung: „Nicht mehr zu Rechte gilt das Gerede vom schwachen Geschlechte!“ ist nicht sehr glücklich. Gewiß haben sich die deutschen Frauen und Jungfrauen wacker bemüht, im wirtschaftlichen Leben den Mann zu ersetzen; doch kann erst nach dem Kriege festgestellt werden, wie weit ihnen dies gelungen ist. Eine Verewigung dieses Zustandes für die nachfolgende Friedenszeit dürfte wohl nur wenigen erwünscht sein. Eine besondere Ehrung kann daraus, daß junge Mädchen Postpakete austragen oder als Schaffnerinnen amtieren, auch nicht hergeleitet werden. Schiller fordert die Ehrung auch nicht für geleistete Arbeit, sondern weil der Mann durch Ehrung der Frauen sich selbst ehrt und schmückt.

## Gewinn-Auszug

der

## 11. Preussisch-Süddeutschen (237. Königlich-Preuss.) Klassen-Lotterie

3. Klasse. 3. Ziehungstag 13. Februar.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 96 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 20000 M 152707
2 Gewinne zu 5000 M 73376
2 Gewinne zu 3000 M 115564
4 Gewinne zu 1000 M 123 125776
6 Gewinne zu 500 M 54950 80104 188678
12 Gewinne zu 400 M 81204 94535 119617 179590 179693 212985
24 Gewinne zu 300 M 808 2914 32755 42790 62513 136493 175846 179056 189323 192747 211126 215392
68 Gewinne zu 200 M 564 3937 9548 15540 19590 24306 34732 45735 46942 56075 63198 68194 73171 72913 79438 81367 91706 92:32 102269 108151 109795 109898 118437 134068 145544 145576 153880 164778 192746 193973 195180 204724 207712 215416

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 96 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 10000 M 56350
4 Gewinne zu 1000 M 47401 65845
6 Gewinne zu 500 M 71393 157048 194016
16 Gewinne zu 400 M 13389 27475 167815 167578 169306 181504 195184 208262
20 Gewinne zu 300 M 51952 78232 89917 98141 124082 133568 169785 175653 196822 198059
82 Gewinne zu 200 M 14629 27084 27648 43328 45560 47320 47995 48639 48755 49140 58985 61743 75069 81926 82763 85067 85403 85774 94640 100640 105856 110118 117332 118384 119069 122107 122601 127377 133494 135547 143123 150236 155748 179091 192901 193231 202559 204773 205492 208616 215283

Die Ziehung der 3. Klasse findet statt am 15. und 16. März.

## Letzte Nachrichten.

### Hindenburg Ehrenpräsident.

**Berlin,** 14. Februar. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat das Ehrenpräsidium über die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen übernommen.

### Keine Zivildienstpflicht in der Schweiz.

**Bern,** 13. Februar. Meldung der schweizerischen Depeschen-Agentur. In einer Besprechung des schweizerischen Bundesrats mit der Arbeiterschaft erklärte der Bundesrat, daß die Einführung der Zivildienstpflicht, die weder bei der Landwirtschaft noch bei den Arbeitern Anklang gefunden hätte, nicht beabsichtigt sei.

### Auf der Suche nach Geld.

**Bern,** 13. Februar. Wie „Popolo d'Italia“ aus Rom erfährt, erwägt die Regierung einen Plan zur Anwendung von Zwangsmaßnahmen gegen diejenigen Kapitalisten, die noch keine Kriegsanleihe gezeichnet haben.

### Frankreichs Rationierung.

**Paris,** 13. Februar. Havasmeldung. Der Minister für Lebensmittelversorgung ließ der Presse einen Erlaß zugehen, durch den Erzeugung, Verkauf und Verzehr gewisser Nahrungsmittel geregelt wird. Die gesamte Bäckerei von frischem und getrocknetem Kuchen wird verboten. Die Bisquitfabriken werden weiter für staatliche Aufträge arbeiten. Sämtliche Luxus-Schokolade, sowie mit Milch angerührtes Zuckerwerk werden untersagt. Was die Gastwirtschaften betrifft, so dürfen zwischen 9 und 11 Uhr vormittags, sowie zwischen 2 Uhr 20 und 6 Uhr 30 nachmittags keine Speisen verabfolgt werden.

### Nur keine Wahrheit!

**London,** 13. Februar. Reutermeldung. Im Unterhause teilte Bonar Law mit, daß schnellstens ein Verfahren wegen des ohne Erlaubnis des Zensors vom 1. Februar veröffentlichten Artikels des militärischen Mitarbeiters der „Morningpost“, Oberst Repington, eingeleitet werden würde. Repington beschäftigte sich darin ausführlich mit den angeblichen Beschlüssen des Marseiller Kriegsrats.

### Neue Alliierten-Anleihe.

**London,** 13. Februar. Reutermeldung. Der interalliierte Rat für die Führung des Krieges und für Finanzen beendete seine Februarsitzung. Die Programme für die Erfordernisse im Februar und März wurden von den Regierungen Großbritanniens, Frankreich und Italiens vorgelegt und vom Rat erörtert. Diese Programme umfassen Kreditansprüche an das Schatzamt der Vereinigten Staaten in einem Umfange von 2 Milliarden Dollars.

### Torpediert.

**Madrid,** 13. Februar. Der Dampfer „Cetterdia“ aus Barcelona wurde 500 Meilen von Punta de la Orchilla torpediert. 37 Überlebende kamen in vier Schaluppen an, die vom Unterseeboot zum Hafen geschleppt worden waren.

### Die bedrohten Schweden.

**Stockholm,** 13. Februar. Meldung des Svenska Telegrammbyran. Ein Eisbrecher und der Dampfer „Runeberg“ gehen um Mitternacht, von einem Panzerboot begleitet, nach Aaland ab, um die Schweden und die in Gefahr befindlichen Insel-Einwohner überzuführen.

### Beendigter Eisenbahnerstreik.

**Buenos Aires,** 13. Februar. Havasmeldung. Da der Eisenbahnerbund sich mit einer schiedsgerichtlichen Schlichtung einverstanden erklärt, ist der Ausstand beigelegt.

## Berliner Börse.

Wie vorgestern war auch gestern der Börsenverkehr im allgemeinen durch d. weitgehende Zurückhalt. gekennzeichnet. Die Dividendenerklärung der Scheidemandel-Gesellschaft befriedigte trotz des sehr günstigen Abschlusses nicht und wirkte auf die Aktien abschwächend. Auch bezüglich der Reinmetall-Gesellschaft sieht sich die Spekulation aus ähnlichen Gründen enttäuscht. und die Aktien dieser Gesellschaft setzten infolgedessen ihre Abwärtsbewegung fort. Russische Papiere gaben wesentlich nach auf die Veröffentlichung des Dekrets der russischen Regierung über die Nichtigkeitserklärung der ausländischen Staatsschuld. Russische Bankaktien konnten sich später etwas erholen. Eine Aufbesserung erfuhren Schiffahrtsaktien. Ferner zeigte sich Kauflust für Petroleum-Aktien, von denen Steaua Romana bei lebhaftem Geschäft ansehnlich stiegen. Bergwerks- und Hüttenaktien waren meist gut behauptet, besonders Bochumer, Gelsenkirchen, Deutsch-Luxemburger. Die von Wien abhängigen Werte wie Orientbahnen und türkische Tabak-Aktien waren erheblich niedriger.

## Berliner Produktenbericht.

Wie berichtet wird, werden im Lande für die Strohablieferung jetzt flotter Waggons gestellt, sodaß die Expedition schneller vonstatten geht. Im hiesigen Verkehr ist indes die Lage für Rauhfutter unverändert geblieben. Alle Ersatzstoffe sind knapper, sodaß die dringende Nachfrage nicht befriedigt werden kann. Von Heidekraut sind viele Partieen schon sehr lange unterwegs, sodaß wegen der Beschaffenheit nach der Ankunft manche Bedenken auftauchen. Im Sämereigeschäft hat sich wenig ereignet. Kleesaaten, insbesondere Rotklee stehen jetzt etwas mehr zur Verfügung, dagegen bleiben Rüben und Rübensamen nach wie vor knapp. Auch in Seradella ist es infolge der hohen Preisforderungen kaum zum Geschäft gekommen. Von Saatgetreide zeigt sich neben Hafer nun auch für Sommerroggen reges Interesse. Wetter: regnerisch.

### Preußische Boden-Credit-Aktien-Bank.

Der Aufsichtsrat beschloß die Verteilung einer Dividende von 7 Prozent (wie in den drei Vorjahren). Der Reingewinn beträgt nachdem der Ueberschuß an Disagiogewinn mit 128 566 Mk. dem Disagio- und Zinsreserve-Konto überwiesen und ferner ein Betrag von 250 000 Mk. auf rückständige Hypothekenzinsen abgebucht wurden, ausschließlich des Gewinnvortrags aus 1916 von 171 651 Mk. 8 381 855 (i. V. 3 432 000) Mk. Hiervon wurden zur Verstärkung des Extra-Reservefonds II wieder 850 900 M. entnommen, sodaß die während der Kriegszeit gebildete Rücklage sich auf 3 150 000 Mk. belaufen wird. Nach Ausführung dieser Vorschläge ergibt sich folgendes: Der ordentliche Reservefonds stellt sich auf 6 000 000 Mk., der Extra-Reservefonds I auf 1 000 000 Mk., der Extra-Reservefonds II auf 3 150 000 Mk., der Amortisations-Zuschlagsfonds auf 510 000 Mk., die Agio-Reserve auf 107 210 Mk., die Disagio- und Zins-Reserve auf 3 521 808 Mk.

### Notierung der Devisen-Kurse an der Berliner Börse.

| Für telegraphische Auszahlungen: | a. 13. Februar Geld | a. 13. Februar Brief | a. 12. Februar Geld | a. 12. Februar Brief |
|---|---|---|---|---|
| Holland (100 Fl.) | 215½ | 216 | 215½ | 216 |
| Dänemark (100 Kronen) | 152½ | 153 | 152½ | 153 |
| Schweden (100 Kronen) | 163¼ | 163¾ | 163¼ | 163¾ |
| Norwegen (100 Kronen) | 161¼ | 161¾ | 161¼ | 161¾ |
| Schweiz (100 Francs) | 112½ | 112¾ | 112½ | 112¾ |
| Oesterreich-Ungarn (100 Kr) | 66,55 | 66,65 | 66,55 | 66,65 |
| Bulgarien (100 Leva) | 80 | 80½ | 80 | 80½ |
| Konstantinopel | 18,95 | 19,05 | 18,95 | 19,05 |
| Spanien | 115½ | 116½ | 115½ | 116½ |

### Wasserstände der Weichsel, Brahe und Netze.

Stand des Wassers am Pegel

| der | Tag | m | Tag | m |
|---|---|---|---|---|
| Weichsel bei Thorn | 14 | 3,10 | 13. | 2,27 |
| Zawichost | — | — | — | — |
| Warschau | 13. | 1,91 | 12. | 1,81 |
| Chwalowice | 12. | 1,92 | — | — |
| Zakroczyn | — | — | — | — |
| Brahe bei Bromberg O.-Pegel | 13. | 6,16 | 12. | 2,06 |
| Brahe bei Bromberg U.-Pegel | 13. | 2,94 | 12. | 2,64 |
| Netze bei Czarnikau | — | — | — | — |

### Meteorologische Beobachtungen zu Thorn

vom 14. Februar, früh 7 Uhr.

Barometerstand: 771,5 mm
Wasserstand der Weichsel: 3,10 Meter.
Lufttemperatur: + 2 Grad Celsius.
Wetter: trocken. Wind: Nordwesten.
Vom 13. morgens bis 14. morgens höchste Temperatur + 8 Grad Celsius, niedrigste + 3 Grad Celsius.

### Wetteransage.

(Mitteilung des Wetterdienstes in Bromberg.)
Voraussichtliche Witterung für Freitag den 15. Februar: Zeitweise heiter, kälter.

## Kirchliche Nachrichten.

Freitag den 15. Februar 1918.

Altstädtische evangl. Kirche, Abends 6 Uhr: Kriegsgebetsandacht. Pfarrer Jacobi.

---

**Täglicher Kalender.**

| 1918 | Sonntag | Montag | Dienstag | Mittwoch | Donnerstag | Freitag | Sonnabend |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Februar | — | — | — | — | — | 15 | 16 |
| | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 |
| | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | — | — |
| März | — | — | — | — | — | 1 | 2 |
| | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |
| | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 |
| | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 |
| | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 |
| | 31 | — | — | — | — | — | — |
| April | — | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 |
| | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 |

Hierzu zweites Blatt.

Nr. 39. Thorn, Freitag den 15. Februar 1918. 36. Jahrg.

# Die Presse.

(Zweites Blatt.)

## Die Herrenhausvorlage.

**Die erste Lesung beendet.**

Der Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses beschloß gestern, daß die Vertreter der Privatangestellten im Herrenhause von den Vertrauensmännern der Versicherten bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte präsentiert werden sollen. Die näheren Vorschriften werden im Wege der Verordnung erlassen.

Das Zentrum hatte beantragt, das Herrenhaus in Zukunft Ständehaus zu nennen. Die Konservativen hielten an ihrem Antrag, „Erste Kammer" zu sagen, fest, weil sie auch dem Abgeordnetenhause eine ständische Gliederung geben wollen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Nach der Vorlage soll das Gesetz zu einem durch königliche Verordnung zu bestimmenden Zeitpunkt inkraft treten, und gleichzeitig die bisherigen Herrenhausmitglieder bis auf jene 134 Persönlichkeiten ausscheiden, die auf Lebenszeit aus den ehemaligen reichsunmittelbaren Fürsten, Standesherren und aus königlichem Vertrauen berufen sind. Ein nationalliberaler Antrag verlangte, daß das Herrenhausgesetz gleichzeitig inkraft treten soll. Ein Konservativer entgegnet, man solle in die wohlerworbenen Rechte nicht weiter eingreifen, als unbedingt notwendig sei. Der numerus clausus werde ja vielleicht dazu führen, daß die wohlerworbenen Rechte nicht bestehen bleiben, aber jetzt sei es noch nicht soweit. Für gleichzeitiges Inkrafttreten der beiden Gesetze werde des Redners Partei stimmen, denn dadurch werde der organische Zusammenhang der Vorlagen unterstrichen. Demgemäß wird beschlossen.

Darauf begründet ein Fortschrittler den Antrag, Artikel 51 der Verfassung dahin zu ändern, daß der König auch die Mitgliedschaft der präsentierten Mitglieder des Herrenhauses aufheben kann und daß bei einer Landtagsauflösung innerhalb 60 Tagen die Wähler und innerhalb 90 Tagen die Kammern versammelt werden müssen und daß innerhalb 90 Tagen auch eine Neuberufung für diejenigen Herrenhausmitglieder stattzufinden hat, deren Mitgliedschaft aufgehoben worden ist. In der Begründung führt der Antragsteller aus, daß das Herrenhaus sonst unauflösbar wäre, da in Zukunft alle Mitglieder vom König berufen werden. Es würde aber modernen Grundsätzen nicht entsprechen, wenn die Krone nur die eine Kammer des Landtages auflösen könnte. — Minister des Innern Dr. Drews: Die Regierung wünscht das Herrenhaus möglichst selbständig zu machen. Die Absicht der Regierungsvorlage war, daß ein Widerspruch des Herrenhauses auf keine Weise beiseitegeschoben werden soll. Diese unabhängige Stellung des Herrenhauses erscheine der Regierung notwendig, weil unter dem gleichen Wahlrecht die Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhause sich außerordentlich verschieben dürften.

Die Beschlußfassung wird ausgesetzt, damit ist die erste Lesung der Herrenhausvorlage beendigt.

**Eine Erklärung des Vorsitzenden.**

In seiner Schlußrede führt der Vorsitzer aus, daß die Beratung nicht so lange gedauert habe, als man geglaubt habe. Dieser Erfolg sei der Tätigkeit der Ausschußmitglieder und der Regierungsvertreter zu verdanken. Er stelle, ohne Vorschußlorberen einheimsen zu wollen, diese unbestreitbare Tatsache fest, nachdem auch der Ministerpräsident die Unterstellung zurückgewiesen habe, daß er nicht mehr mit der gleichen Entschiedenheit für die Wahlreform eintrete. Ebenso wie der Ministerpräsident, sei auch jedes Mitglied des Ausschusses durchdrungen von der großen Wichtigkeit der Verhandlungen, und alle seien darauf bedacht, sie in angemessener Weise zu fördern und sie zu einem guten Ende zu bringen.

Der Ausschuß vertagte sich auf Donnerstag, um alsdann mit der ersten Lesung der Wahlrechtsvorlage zu beginnen.

## Wilsons Antwort.

Die schon seit einiger Zeit ausstehende Antwort des Präsidenten Wilson auf die Reden des deutschen Reichskanzlers Grafen Hertling und des österreichischen Ministers des Äußern Grafen Czernin liegt nunmehr vor und hält genau das, was von vornherein von ihr erwartet werden konnte. Unter geschickter Benutzung des Unterschiedes der Stimmung und des Willens, wie er seinerzeit in den Reden der beiden verbündeten Staatsmänner zutage getreten war, wendet sich Wilson zunächst und in besonders freundlichem Tone an den Grafen Czernin, um Österreich-Ungarn goldene Brücken zu bauen und auf diese Weise einen Keil zwischen die beiden verbündeten Mittelmächte zu treiben, der dann seinerseits das deutsche Reich ohne weiteres auch von Bulgarien und der Türkei isolieren und diese Mächte ebenfalls friedensbereit machen würde. Daß der Schachzug des Präsidenten Wilson irgendwie Aussicht auf Erfolg haben könnte, ist angesichts der erprobten Festigkeit des deutsch-österreichischen Bundesverhältnisses natürlich ausgeschlossen, letzteres umso mehr, als die Donaumonarchie jetzt ihre ganze östliche Flanke frei hat und damit nicht nur eines starken Druckes ledig geworden ist, sondern auch die Möglichkeit gewonnen hat, ihre Rechnung mit Italien von Grund auf zu vereinigen. Im übrigen dürfte man sich in Wien wohl kaum einem Zweifel darüber hingeben, daß die der Donaumonarchie von Wilson gebauten Brücken keineswegs fest und zuverlässig sind; denn der vom Grafen Czernin in seiner letzten Rede angeregte unmittelbare Gedankenaustausch zwischen Wien und Washington wird von Wilson wohlweislich mit keinem Worte erwähnt, — ein Beweis dafür, daß es Wilson nicht darum zu tun ist, mit Österreich-Ungarn als Macht zu Macht zu verhandeln, sondern es ebenfalls unter den famosen „Gerichtshof der Menschheit" zu zwingen, der dem deutschen Reiche, nach dem Wunsche des Präsidenten sein Urteil sprechen soll.

Was es mit dem Gerichtshof, dessen Vorsitz natürlich Amerika und sein Präsident zu übernehmen hätten, für eine Bewandtnis hat, ist unschwer zu erraten. Es ist Herrn Wilson im höchsten Maße anstößig, daß die Mittelmächte mit einem ihrer Gegner nach dem andern zu gesonderten Friedensschlüssen kommen könnten, und daß sich auf diese Weise der von Amerika gefaßte Plan verflüchtigt, den siegreichen Zentralmächten auf einem allgemeinen Friedenskongreß durch Mehrheitsbeschluß den Preis ihrer Mühen und Opfer zu entwinden. Daher denn auch der eindringliche Appell des Präsidenten an den Grafen Hertling, den Boden der Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli 1917 nicht zu verlassen, die ausdrücklich von einem allgemeinen Friedensschlusse spreche, und eben daher sein Anathema gegen die angeblichen „Herren" Deutschlands, die der „Menschheit" soviel „Ungebühr und Unrecht" zugefügt haben soll. Leider ist Herr Wilson bei all' seiner Gerissenheit nicht schlau genug, um klug zu sein; denn sein unverblümter Hinweis darauf, daß neben einer bedingungslosen Räumung der besetzten Gebiete die deutsche Ostmark an das neue Königreich Polen fallen müsse, beweist, welches wohlwollende Urteil wir von seinem „Gerichtshof der Menschheit" zu erwarten haben würden, — vorausgesetzt, daß wir dumm genug wären, uns ihm auszuliefern, statt zu warten, bis unsere „militärischen Herren" von sich aus die Entscheidung erzwungen haben.

*

Der „Post" wird von parlamentarischer Seite geschrieben: Wenn man aus den philosophischen Phrasen der letzten Wilsonschen Rede im Kongreß den praktischen Kern herausschält, so gelangt man zu folgendem Ergebnis: **Wilson lehnt die Graf Czerninsche Anregung**, mit Österreich-Ungarn in Vorverhandlungen zur Vorbereitung des allgemeinen Friedens einzutreten, **rundweg ab.** Seine Erklärung der Bereitwilligkeit, in allgemeine Friedensverhandlungen sich einzulassen, hat angesichts der Stellungnahme des Versailler großen Kriegsrats der Entente lediglich akademischen Wert, aber nicht die mindeste praktische Bedeutung; wohl aber wohnt eine solche Bedeutung der weiteren Ankündigung Wilsons bei, daß die **Vereinigten Staaten** den Krieg **mit ungeschwächter Kraft** fortführen und die Absendung amerikanischer Truppen nach Europa beschleunigen würden. Damit hat Wilson, wenn er auch äußerlich den Schein einer selbständigen Haltung der Vereinigten Staaten gewahrt hat, in Wirklichkeit seinen **vollen Anschluß an die Beschlüsse des Versailler obersten Kriegsrates** vollzogen. So ist nun die politische Gesamtlage noch weiter geklärt. Abgesehen von der Ostfront, regiert auch für den Vierbund zunächst noch Mars allein die Stunde. Insbesondere enthält Wilsons Ankündigung der beschleunigten Herüberschaffung amerikanischer Streitkräfte für unsere **U-Boote** die dringende Aufforderung, auf dem mit der Versenkung der „Tuscania" beschrittenen Weg kräftig fortzufahren.

**England bleibt bei seinen Kriegszielen**

Im englischen **Unterhause** erklärte der Führer der Liberalen Partei, der frühere Ministerpräsident **Asquith**, in der Erörterung der englischen Thronrede, er sei völlig mit Lloyd Georges Erklärung über militärische Angelgenheiten, möchte aber vom Ministerpräsidenten Einzelheiten über die Vollmachten des Rates der Alliierten zu Versailles hören. Asquith besprach auch die Rede Hertlings und das Ergebnis der Verhandlungen von **Brest-Litowsk.** Über Wilsons Rede meinte er, diese mache einen gerechten Unterschied sowohl im Ton wie im Wesen zwischen den Erklärungen des deutschen Kanzlers und denen Czernins. Er sprach dann noch Haig und Robertson das Vertrauen der Nation und die Dankbarkeit des Landes aus.

**Lloyd George** antwortete, daß in den jüngsten Reden der Feinde nichts zu entdecken, was darauf hinweisen könnte, daß die Zentralmächte bereit wären, auf ehrlicher Grundlage Frieden zu schließen. **Die englische Regierung weiche nicht im geringsten von ihrer Erklärung über die Kriegsziele ab**, die vom Lande als ehrlich und gerecht anerkannt seien. Bis der Beweis angetreten wäre, daß die Zentralmächte bereit wären, **diese Kriegsziele** zu erwägen, würde es unsere **Pflicht sein, die Vorbereitungen zu treffen, die nötig sind, das internationale Recht in der Welt zu befestigen.**

**Die Entschlossenheit der Entente.**

Reuter meldet aus London: Die englischen Blätter „Times", „Morningpost", „Daily Mail" und „Daily Telegraph" heben bei Gelegenheit der Thronrede und der Rede Wilsons die Entschlossenheit der Verbündeten **hervor**, den Krieg fortzusetzen.

**Wilson ladet zur Friedenskonferenz ein.**

Französische Blätter melden, daß eine Einladung Wilsons an die Alliierten zu einer **gemeinsamen Konferenz** über die Festlegung der **Friedensbedingungen** eingegangen sei.

## Politische Tagesschau.

**Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses.**

Die nächste Vollsitzung des **preußischen** Abgeordnetenhauses findet, wie die „N. G. C." mitteilt, am **Dienstag den 26. Februar**, nachmittags 1 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen ein Antrag Dr. Varenhorst auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Form der Auffassung, ein Antrag Dr. Heß auf Unterstützung der Gemeinden zur Gewährung von Kriegsteuerungszulagen an ihre Beamten, ferner die **zweite Lesung des Staatshaushaltsplanes**, und zwar zunächst der kleinen Haushaltspläne. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich an die Beratung des Etats für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eine allgemeine politische Aussprache anschließt. Beim Haushaltsplan des Abgeordnetenhauses wird die Frage der Tagegelder angeschnitten werden. Nach Erledigung der kleineren Haushaltspläne soll der **Haushaltsplan** der Justizverwaltung zur **Besprechung kommen.**

**Der Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses**

erledigte gestern die Beratung des Finanzetats und nahm eine Entschließung an, die Staatsregierung aufzufordern, dahin zu wirken, daß die Bezüge der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen Gefallener oder an den Folgen des Krieges gestorbener Krieger eine der gegenwärtigen Teuerung entsprechende Erhöhung erfahren.

**Der Reichstagsausschuß für den Wiederaufbau der Handelsflotte**

hielt vorgestern die erste Sitzung unter dem Vorsitz des Direktors im Reichswirtschaftsamt, Wirklichen Geheimen Rats von Jonquières, ab. Nach Konstituierung des Ausschusses wurde eine Reihe von grundlegenden allgemeinen Fragen über das Verfahren vor dem Reichsausschuß, sowie insbesondere auch über dei Anwendung und Auslegung des Gesetzes erörtert. Die aufgrund der Besprechung festzustellenden Muster für die Entschädigungsanträge werden in allernächster Zeit in den Geschäftsverkehr gelangen. Es empfiehlt sich, vor der Stellung von Anträgen die Zusendung solcher Muster beim Reichsausschuß zu beantragen.

**Der Landesverratsprozeß gegen den „Vorwärts".**

Der für vorgestern angesetzte Termin im Landesverratsprozeß des außerordentlichen Kriegsgerichts gegen den Hauptschriftleiter Friedrich **Stampfer** und den Schriftsteller Erich **Kuttner** vom „**Vorwärts**" ist aufgehoben worden, weil **weitere Ermittlungen** notwendig geworden sind.

**Ministerpräsident von Seidler**

setzt, wie dem „Berl. Lokalanz." aus **Wien** berichtet wird, seine Verhandlungen mit den Parteiführern fort, um einen Ausweg aus der durch die Oppositionsstimmung der Polen entstandenen Budgetkrisis zu finden. Die Schaffung einer Mehrheit für das Budget ist nach wie vor sehr zweifelhaft.

**Deutschenhetze in der Schweiz.**

Im April vorigen Jahres hatte der Advokat **Vuille** in Genf eine Ausstellung von Bildern des holländischen Malers Raemaker veranstaltet, von denen die meisten **Beschimpfungen des Deutschen Kaisers** und der **deutschen Armee** enthielten. Ein gegen Vuille eingeleitetes Straferfahren hat mit der **Freisprechung Vuilles** geendet. Selbst in der Hauptverhandlung fand der Angeklagte Gelegenheit zu erneuten schweren Beleidigungen gegen den Kaiser, die deutsche Regierung und die Armee. Der schweizerische Bundesrat hat, wie die „Nordd. Allg. Ztg." hört, durch den Bundespräsidenten dem Gesandten in Bern sein **lebhaftes Bedauern** wegen der in der Verhandlung von dem Angeklagten geäußerten Beschimpfungen ausgesprochen. Der Bundesrat hat die Prüfung der Frage angeordnet, ob wegen der Äußerungen im Gerichtssaal gegen Vuille, dem in der Verhandlung eine Rüge erteilt worden war, ein Strafverfahren eingeleitet werden könne. Eine Revision gegen das freisprechende Urteil ist nach der schweizerischen Gerichtsordnung nicht zulässig.

**Clemenceau Leiter des Spionageüberwachungsdienstes.**

Havas meldet: Im Ministerrate berichtete Finanzminister **Klotz** über die kürzlich im Finanzausschuß der Alliierten geführten Beratungen, deren Ergebnis sehr befriedigend seien und die **eine** vollständige Übereinstimmung unter den Alliierten ergeben hätten. Um eine genauere Zusammenarbeit der **Spionageüberwachung** zu sichern, **stellt** ein Erlaß diesen Dienst unter die Leitung **von Clemenceau** und beruft an seine Spitze **Maringer** mit dem Titel eines Generalkommissars für **die nationale** Sicherheit. Verpflegungsminister **Boret** gab im Ministerrate eine Überblick über den Stand der **Lebensmittelfrage** in Frankreich und **den** alliierten Ländern und berichtete über **alle die** Maßnahmen, die den überflüssigen Verbrauch einschränkten und eine bessere Verteilung der notwendigsten Bedarfsartikel gewährleisten soll.

**Neue englische Kriegsanleihe.**

Im März wird, laut „Berl. Lokalanz.", England eine neue große Kriegsanleihe ausschreiben. Es handle sich diesmal um 40 Milliarden Schilling. England sei genötigt, heißt es im „Daily Chronicle", den Geldbedarf auch von anderen alliierten Staaten auf sich zu nehmen.

**Botha gegen die allgemeine Dienstpflicht.**

Dem „Berl. Tagebl." wird aus dem Haag berichtet, daß nach einer Reutermeldung in Kapstadt eine Besprechung zwischen Abgesandten aller Landesteile stattgefunden hat, um den sehr zweifelhaften Nachschub zur Aufrechterhaltung der südafrikanischen Frontdivision zu sichern. Botha erklärte sich energisch gegen die allgemeine Dienstpflicht, deren Annahme zu wahrscheinlich sei.

**Wilson rüstet.**

Aus Washington wird unter dem 12. Februar gemeldet: Wilson beginnt morgen eine Reihe von Besprechungen mit führenden rupublikanischen und demokratischen Kongreßmitgliedern über alle Phasen der Kriegsgesetzgebung. Ein noch schwebender Gesetzentwurf ermächtigt den Präsidenten, die Befugnisse der ausführenden Departements festzusetzen und ihre Arbeiten wieder neu zu verteilen. Eine Anordnung des Verpflegungsministers fordert die Importeure von holländischem Käse auf, bis zum 25. Februar eine Aufstellung über die Einfuhr im Jahre 1916 einzureichen.

**Amerikanisches „Siegesbrot."**

Reuter meldet aus **Washington:** Das Ernährungsamt hat als sogenanntes „Siegesbrot" ein Gebäck bezeichnet, welches nicht mehr als 80 Prozent Weizenmehl enthält, während der Rest besteht aus Körnerfruchtmehl, Reismehl, Kartoffelmehl.

## Deutsches Reich.

Berlin, 13. Februar 1918.

— In der heutigen Sitzung des verstärkten Staatshaushaltsausschusses des Abgeordnetenhauses wurde bei der Beratung des Haushalts des Finanzministeriums der vom Minister des Innern und dem Finanzminister beantragten Verlegung des Oberpräsidiums von Potsdam nach Berlin von allen Parteien zugestimmt.

— Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Verordnung über die Vornahme einer Viehzählung am 1. März 1918 und eine Bekanntmachung über den Reichsausschuß für den Wiederaufbau der Handelsflotte.

— Der 34. ordentliche Landtag des Herzogtums wurde heute durch den Staatsminister Wolff mit einer Thronrede eröffnet.

— Am Montag und Dienstag fand in Brüssel unter Leitung des Chefs des Feldsanitätswesens Exzellenz von Schjerning unter zahlreicher Teilnahme von Vertretern des Heeres die dritte Kriegs-Chirurgentagung statt. Während der Tagung traf an Exzellenz von Schjerning ein Glückwunsch-Telegramm Seiner Majestät des Kaisers ein.

— Die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte und der konservativen Partei im Landtagswahlkreise Salzwedel-Gardelegen haben an Stelle des verstorbenen Landtagsabgeordneten Exzellenz von Kröcher in einer am 11. Februar in Stendal abgehaltenen Vertrauensmänner - Versammlung einstimmig Gymnasialdirektor Dr. Adler-Salzwedel

zum Kandidaten aufgestellt. Dr. Adler wird sich der Deutsch-Konservativen Fraktion im Abgeordnetenhause anschließen.

— Die Stadt Saarbrücken hat an den Generalfeldmarschall v. Eichhorn aus Anlaß seines 70. Geburtstages ein längeres Glückwunschschreiben gerichtet, in dem ihm zugleich von dem Beschluß Mitteilung gemacht wird, die schönste Straße der Stadt; die Staden-Straße, Eichhornstraße zu nennen.

## Deutscher Beamten-Tag in Berlin.

Aus allen Teilen des Reiches waren Vertreter zu einem Beamten-Tag eingetroffen, den der Verband deutscher Beamtenvereine nach dem Reichstag einberufen hatte. Eingeleitet wurde die Tagung durch eine geschlossene Delegiertenversammlung, in der zu verschiedenen Beamtenfragen Stellung genommen wurde. Bezüglich der Kriegsteuerungszulagen stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß die Sätze für laufende Kriegsbeihilfen für alle Beamte, einschließlich der ledigen zu erhöhen sind. In weiteren Beschlüssen wurde ausgesprochen, daß für die mechanische Auffassung der disziplinarischen Beziehungen zwischen Beamten und Vorgesetzten kein Raum mehr sei. In sozialer Beziehung solle der Beamte sich bewußt sein, daß er des Publikums wegen da sei, nicht umgekehrt. In materieller Beziehung müsse der Beamte sicher dastehen, nur dann könne er das leisten, was man von ihm erwarte. Daher müsse der schwierigen Lage, in die die Beamten durch den Krieg versetzt seien durch ein kraftvolles und großzügiges Eingreifen ein Ende gemacht werden.

Der öffentlichen Festsitzung im Plenarsitzungssaal des Reichstages, wohnten u. a. Vertreter des Reichskolonialamtes, des Reichsjustizamtes, der Reichspostverwaltung, des Reichswirtschaftsamtes und verschiedener preußischer Verwaltungen bei.

Der Verbandsvorsitzende Ministerialdirektor Just begrüßte die Erschienenen. Der Verband umfasse 450 000 Mitglieder, und der soziale Geist seiner Begründer v. Bötticher und v. Bosse arbeite weiter in ihm. Der Beamtenstand habe bei dem allgemeinen Aufstieg mit den übrigen Volksschichten nicht gleichen Schritt halten können. Die materielle Lage des Beamten sei dadurch wesentlich beeinträchtigt worden. Die Selbsthilfe habe nur zu teilweisen Erfolgen geführt. Bei der großen Not der Beamtenschaft müsse der Staat eingreifen. Selbstverständlich wird der Verband nie das Bekenntnis zu einer starken, konstitutionellen Monarchie aufgeben. Redner schloß mit einem Hoch auf den Kaiser.

Staatssekretär des Reichsamtes des Innern Wallraf überbrachte der Tagung die Grüße des Reichskanzlers. Der stolze Ruf, den der deutsche Beamte diesseits und jenseits der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle vor dem Kriege genoß, habe sich im Kriege hundertfältig erprobt und bewährt. Man habe sich beim Ausbruch des Krieges wohl gefragt: Wird es möglich sein, daß alle Arbeit geleistet wird. Man frage sich jetzt, wie ist es möglich gewesen, die dreifache Arbeit einer vierjährigen Kriegszeit mit einem um die Hälfte reduzierten Beamtenkörper zu bewältigen. Ich glaube auch der, der die höchste Meinung von unseren Beamten hat, hätte nicht gewagt, diese Frage restlos zu bejahen. Auch dieser Teil des deutschen Wunders ist Wahrheit geworden und wird Wahrheit bleiben, bis unsere Einheit uns den ehrenvollen Frieden sichert.

Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums Dr. Friedberg sprach für das Staatsministerium. Der Vorgesetzte dürfe sich nicht blos auf das Anhören der Wünsche des einzelnen Beamten beschränken, er müsse mit den Beamtenverbänden in Beziehung treten, dann erst bekomme er die Durchschnittsmeinung der Beamten zu erfahren. Es ist eine Ehrenpflicht für das deutsche Volk, seine Beamten materiell sicher zu stellen. Mit Recht hat der sächsische Staatsmann v. Gerlach gesagt, daß unsere Kulturhöhe nicht zuletzt mit Hilfe des deutschen Beamtenstandes erreicht worden sei. Es muß seitens der Regierung alles getan werden, um unseren Beamtenstand auf der sittlichen und moralischen Höhe zu erhalten, um die uns die ganze Welt beneidet.

Die eigentliche Festrede hielt Geh. Justizrat D. Dr. Kahl (Berlin) der das Thema „Beamter, Volk, Staat" behandelte. Der Redner zeigte an der Hand der historischen Tatsachen, wie sich aus dem Fürstendiener allmählich der moderne Beamte entwickelt habe, für den im Staate die Wurzelbedingungen seiner Daseins liegen. Da aber das Volk der Inhalt des Staates sei, so bestehe der gleiche Reflex zwischen Beamten und Volk. — Die Versammlung hörte dann noch zwei Referate über die wirtschaftliche Selbsthilfe der Beamtenschaft und das Thema: „die Beamtenschaft in und nach dem Kriege", worauf der Vorsitzende die Tagung für geschlossen erklärte.

## Lokalnachrichten.

**Zur Erinnerung.** 15. Februar. 1917 Erfolgreiche Kämpfe deutscher Truppen bei Bitolia auf dem Balkan. 1916 Einnahme von Erzerum durch die Russen. 1915 Ende der Winterschlacht in Masuren. 1914 Paragraphierung des deutsch französischen Abkommens über die Eisenbahnen in der asiatischen Türkei. 1913 Übergang der Insel Kreta in griechischen Besitz. 1898 Untergang des amerikanischen Panzers „Maine" im Hafen von Havanna. 1781 † Gotth. Ephraim Lessing, berühmter deutscher Dichter. 1763 Frieden zu Hubertusburg. Beendigung des siebenjährigen Krieges.

Thorn, 14 Februar 1918

— (Personalien von der ev. Kirche) Der seitherige Pfarrer in Siegers, Diözese Schlochau, Johannes Lüpke, ist zum Pfarrer an der Kirche in Lebehnke, Diözese Dt. Krone, berufen und bestätigt worden.

— (Personalien aus dem Landkreise Thorn.) Die Wahl des Besitzers Theofil von Klinski in Mlyniets zum Schöffen für die Gemeinde Mlyniets ist bestätigt.

— (Der Fastenbrief des Erzbischofs Dr. Dalbor.) Der diesjährige Fastenhirtenbrief des Erzbischofs von Posen-Gnesen Dr. Dalbor, der am letzten Sonntag von allen Kanzeln der Erzdiözese verlesen wurde, behandelt den Priestermangel in der Diözese, der infolge des Krieges sich fühlbar macht und bald noch größer werden wird. Während in den letzten zwei Jahren 36 Geistliche gestorben sind, haben sich in derselben Zeit nur 15 neue Theologiestudierende melden können, von denen auch noch ungewiß ist, ob sie ihr Ziel erreichen werden. Die Lücken müssen umsomehr ausgefüllt werden, da mit dem Wachsen der Gemeinden, besonders in den Städten, auch die Zahl der Priester sich mehren muß, um nicht nur in ausreichendem Maße in der eigentlichen, unmittelbaren Seelsorge, sondern auch auf dem großen, durch die Anforderungen der Gegenwart geschaffenen und sich fortwährend erweiternden Arbeitsfelde der Charitas, sowie der mannigfachen Zweige der öffentlichen Wohlfahrtspflege erfolgreich arbeiten zu können, andererseits die Diözese seit langer Zeit keine Niederlassung einer männlichen Ordensgenossenschaft, die Hilfe leisten könnte, besitzt. Der Hirtenbrief sucht das Interesse für diese Sache zu wecken und zeigt, wie sich alle an diesem Werke beteiligen können.

**Aus dem Landkreise Thorn,** 12. Februar. (Volksunterhaltungsabend.) Am Sonntag fand in Roßgarten ein Unterhaltungsabend statt, der außerordentlich gut besucht war. Der geräumige Saal war bis in den letzten Winkel hinein gefüllt, und auch aus den Nebenzimmern blickten vergnügte Augen herein. Und es lohnte sich, daß man gekommen war. Der Leiter des Abends, Herr Pfarrer Basedow, hatte für eine recht abwechslungsreiche und schöne Vortragsfolge gesorgt. Herr Frenkel gab uns mit seiner mächtigen, wohllautenden Stimme eine Auslese seiner besten Lieder. Herr Hirschfeld hatte sein buntes Programm wieder durch einige neue Schlager vermehrt. Heller Jubel begrüßte ihn immer wieder, besonders bei seinem Liedchen über das Fett und seine Verse über Thorner Verhältnisse. Als Hauptredner des Abends war Herr Kreisschulinspektor Biewald erschienen. Er sprach in fesselnder Weise über „Das Glück auf dem Lande"; seine Ausführungen werden sicher einen tiefen Widerhall bei den Zuhörern gefunden haben. Die Schlußansprache, die mit einem Kaiserhoch schloß, hielt Herr Oberlehrer Johannes.

**Aus dem Landkreise Thorn,** 14. Februar. (Viehseuche.) Unter den Pferden des Rittergutsbesitzers Dunaiski in Seyde und des Gutsbesitzers Klug in Ernstrode ist die Räude ausgebrochen. Erloschen ist die Räude unter den Pferden des Besitzers Naß in Mlyniets.